

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

223 (25.9.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 95 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 95 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Aboloren abgeholt 88 M monatlich. Einzelheft 4 M. — Ausgabe: Verlags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelleite 10.—M, auswärts 12.—M. Die Mehrseitige 40.—M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Einigung der deutschen Sozialdemokratie vollzogen

Einstimmige Annahme der Einigungsvorschläge und des Aktionsprogramms — Einmütigkeit bei der vorläufigen organisatorischen Regelung — Gewaltige Kundgebungen der Nürnberger Arbeiterschaft

Nürnberg, 24. September.

Der diesjährige des Herkules-Belobrom, in dem die aus Augsburg und Gera zusammengekommenen Delegierten der beiden sozialistischen Parteien die auf den Parteitag schon beschlossene Einigung der Sozialdemokratie bejzeln sollten, war schon lange vor Beginn der Sitzung von Arbeitern umdrängt, die sich einen Platz sichern wollten. Auf Vorschlag des Altersvorsitzenden Spannsch wurde Weiss, bisher SPD, und Ottmann, bisher USPD, einstimmig zu Parteitagsvorsitzenden gewählt. Als Referenten des Parteitags wurden Hermann Müller und Arthur Crispian bestimmt. Hermann Müller, der bisherige Vorsitzende der SPD, bejahte die Frage, ob die Einigung von Dauer sein werde. Crispian, der bisherige Parteivorsitzende der USPD, betonte besonders die Bedeutung der Einigung der deutschen Sozialdemokratie für die Einigung der Sozialdemokratie aller Länder. Die Vereinigte internationale Sozialdemokratie wird in allen Ländern eine Macht darstellen, die letzten Endes auch die von kapitalistischem Imperialismus diktierten Friedensverträge beilegen und die Völker zusammenführen wird zu einem wahren Völkerverbund und zu einem wahren Völkerverein.

In ihrem Namen sprach Ammon (England). Er feierte die Einigung der deutschen Sozialdemokratie als einen Erfolg für den internationalen Sozialismus. Bei seinem Aufenthalt im besetzten Rheinland habe sich seine Ueberzeugung verstärkt, daß diesen Zuständen ein Ende gemacht werden müsse.

Die Einigung der deutschen Sozialisten ist vollzogen. Mag auch Ledebour noch ein kleines Häuflein von Geistes um sich sammeln, denen die oppositionelle Straßenerlei um jeden Preis Lebensbedürfnis und Lebenszweck ist, die große Bedeutung des Zusammenstufes wird dadurch nicht gemindert. Der Weltkrieg hat auch innerhalb der sozialistischen Parteien anderer Länder verheerend gewirkt. Die deutschen Sozialisten haben gestern in Nürnberg den Gefinnungsgenossen der ganzen Welt ein weithin leuchtendes Beispiel gegeben. Wo es reich und überall Nachahmung finden — zum Segen der Völker!

Die Erklärung, die Ditzmann im Namen von 106 Genossen der bisherigen USPD, gestern abgegeben hat, kündigt allerdings für die erste Zeit nach der Vereinigung gelegentlich innere Schwierigkeiten an, aber, so erwarten wir, die gemeinsame Tat, die Millionen der uns barrenden Aufgaben und die die gesamte Arbeiterklasse umdrängenden Gefahren, werden zu gemeinsamem Handeln drängen, bei dessen Vorbereitung und Ausführung ein Geist uns alle befehlt: der sozialistische Geist.

Ohne Sonder- und Hintergedanken werden wir die gemeinsame Arbeit mit den Genossen der bisherigen USPD aufnehmen. Und wir hoffen, daß bei diesen Genossen im Grunde genommen der gleiche Wille vorhanden ist. Und dann wird eine neue Periode sozialistischen Aufstiegs kommen.

Weiss brachte hierauf das von den beiden Parteien vereinbarte Aktionsprogramm für die Vereinigten Parteien zur Abstimmung, welches einstimmige Annahme ergab und teilte mit, daß Karl Kauch zum Vorsitzenden der Kommission zur Ausarbeitung des neuen Parteiprogramms bestimmt worden ist. Einstimmig wurden auch die von den beiden Parteien getroffenen organisatorischen Vereinbarungen angenommen. Ebenso fanden die Vorschläge für die Befestigung des Parteivorstandes und der übrigen Parteistellen die Billigung des Parteitags. Zu Parteivorstand wurden einstimmig gewählt Hermann Müller, Crispian und Weiss.

Weiss begrüßte dann die vielen, aus den europäischen Ländern und Amerika erschienenen Vertreter der sozialistischen Parteien.

Uebergabe der deutschen Schatzwechsel

Die deutschen Schatzwechsel werden, wie den Blättern mitgeteilt wird, heute Montag übergeben werden. Ausgestellt wurden im ganzen zehn Wechsel, vier auf je 10 Millionen Goldmark, fällig am 15. Februar, einer auf 7,4 Millionen, gleichfalls fällig am 15. Februar, weitere vier auf je 10 Millionen, fällig am 15. März, und 1 zu 8,6 Millionen, ebenfalls fällig am 15. März.

Internationale Föderation der Kommunal- und Staatsarbeiter

Ein Protest gegen den Friedensvertrag

Kopenhagen, 24. Sept. Die aus den kommunalen und Staatsarbeiterverbänden Englands, Frankreichs, Deutschlands, Hollands, Belgiens, der Schweiz, der drei skandinavischen Länder gebildete internationale Föderation der Arbeiter hat am 22. und 23. d. M. ihre jährliche Versammlung abgehalten. Unter anderem war auch die Stellung der deutschen Arbeiterbevölkerung zu dem ungeheuren ökonomischen Druck, der seitens der alliierten Regierungen dem deutschen Volk auferlegt wird, Gegenstand einer eingehenden Erörterung innerhalb der Leitung der Verbände. Diese nahmen schließlich eine Entschliessung an, in welcher die Leitung der internationalen Föderation der Arbeiter in allen Betrieben kräftig gegen die Reparationslasten protestiert, aus der Auffassung heraus, daß es für das deutsche Volk ganz unmöglich ist, diese Lastungen zu leisten, und daß die Politik der alliierten Regierungen auf die gesamte arbeitende Bevölkerung schädlich wirken müsse.

Ausnahmetarife für Lebensmittel

Berlin, 23. Sept. Die Reichsbahn führt sofort Nachermäßigungen für Kartoffel, Obst und Teigwaren ein. Der Ausnahmetarif für Städtgut ermäßigt die Normaltarif um 20 Prozent. Die am 1. Oktober eintretende Gültigkeitserhöhung findet auf Kartoffeln keine Anwendung. Für frisches Obst werden die Sätze dadurch ermäßigt, daß statt der Frachtberechnung der Wagenklasse A die Klasse C (bisher B) sowie für Städtgut eine Ermäßigung von 50 Prozent eingeführt wird. Dieser neue Ausnahmetarif soll bis zum 31. September in Kraft bleiben. Nach dem 1. Oktober bestehen für Teigwaren, Suppen- und Fleischwürfel und Suppenwürze in Wagenabungen Frachtnachlässe von 15 Prozent. Die Reichsbahn hofft, diese Ermäßigungen bis zum 31. Dezember bestehen lassen zu können, sofern die Tarifermäßigungen dem Verbraucher zugute kommen und sich im Kleinhandelspreis bemerkbar machen. Andernfalls wäre eine solche Notstandsmaßnahme nicht zu rechtfertigen.

Demissionsantrag Dubois

Paris, 23. Sept. Die „Echo Nationale“ mitteilt, hat Dubois bereits am 2. September dem Ministerpräsidenten, weil er sich mit Poincaré über die Reparationsfrage nicht einigen konnte, seine Demission eingereicht.

46% ige Aufbesserung der Beamten und Staatsarbeiter

Berlin, 23. Sept. Die neuen Gehaltsaufbesserungen der Beamten und Staatsarbeiter, die zwischen der Reichsregierung und den Spitzenverbänden vereinbart wurden, bringen eine durchschnittliche Erhöhung der bisherigen Einnahmen um 46 %.

Vom Krieg in Kleinasien

Weiteres Vordringen der Türken — Der Kampf um Thrazien
Paris, 23. Sept. Konstantinopel, 24. Sept. Neuer. Kemalistische Kavallerie ist gestern in der Nähe von Tscharnat in die neue rale Zone eingedrungen. Ein britischer General hat heute morgen Besprechungen mit türkischen Parlamentären. Man hofft, die Türken auf freundschaftliche Weise zum Rückzug veranlassen zu können.

Paris, 23. Sept. Das Orientalische Informationsbureau veröffentlicht ein Telegramm, in dem es heißt: Die Angoraregierung werde keine Gewaltmaßnahmen ergreifen, bevor sie die Ergebnisse der Pariser Konferenz kennt. Sollten sich in dessen die Alliierten bezüglich einer sofortigen Anerkennung der territorialen Ansprüche der Türken, wie sie in dem Rat der Nationalversammlung niedergelegt sind, nicht verständigen, und sollten sie eine sofortige Lösung nicht finden, dann wäre die Aktion der nationalen Armee zum Zweck der Befreiung Thraziens unvermeidlich.

Eine Milliarde durch Einbrecher geraubt

Berlin, 23. Sept. (Priv.-Tel.) Bei der Witwe eines Diplomaten in Berlin raubten Einbrecher heute vormittag Schmuck, Goldsachen und Juwelen im Werte von 1 Milliarde Mark. Der Einbruch wurde während eines Spazierganges der Dame ausgeführt. Für die Ergreifung der Täter und die Weibringung der Sachen ist eine Belohnung von 10 Prozent ausgesetzt.

Von der sächsisch-böhmischen Grenze

Reuzersdorf (Sachsen). Ein schwerer Zwischenfall ereignete sich am Freitag abend an der Grenze Reuzersdorf. Drei junge Burschen aus Böhmen, die in Reuzersdorf gezecht hatten, wollten die Grenze überschreiten. Als ihnen der Landespolizeiwachtmeister Ziegenwald aus Komenz und noch ein anderer Posten entgegenkamen, um von ihnen die Ausweise zu verlangen, kam es zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf einer der Burschen mit einem dolchartigen Messer dem Wachtmeister die Schlagader durchschnitt, so daß er bald darauf starb. Auch der andere Grenzbeamte wurde verletzt. Der Täter ist verhaftet.

Unsere herrliche Deutsche Reichspost

(Ein Notzettel über das reichspostalische Verkehrswesen)
G. Seb. Die Deutsche Reichspost genos einst Beltrauf wegen ihrer Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit. Einst — es war einmal. Seit Jahr und Tag „entwickelt“ sie sich immer mehr zu einer Quelle unaufhörlich fließenden Mißbräuges für alle, die ein lästiges Geschid dazu verurteilt hat, in ihrer beruflichen Tätigkeit auf die Leistungen der Reichspost angewiesen zu sein. Wie z. B. wir armen Zeitungsmenschen. Wir würden uns nach unseren Erfahrungen mit unserer herrlichen Reichspost nicht wundern, wenn bei der Schaffung eines neuen Strafgesetzbuchs darin eine Bestimmung aufgenommen werden würde, nach der schwere Mißfäter unter Ausschluß anderer Straftaten und mißlicher Umstände dazu verurteilt werden könnten, den Verkehr mit der heutigen Reichspost beim Empfang und der Ausgabe größerer Postsendungen bewerkstelligen zu müssen. Die armen Kerle wären tief zu bedauern.

Während die Reichsbahnen trotz allergrößter Schwierigkeiten, die in gleichem Umfang und Stärke für die Reichspost nicht bestanden, verhältnismäßig rasch Kostendruck im Wiederanstau leisteten, scheint die Reichspost am Abbau sowohl der Zuverlässigkeit wie der Pünktlichkeit und Schnelligkeit mit großem Erfolge begriffen zu sein. Herr Reichsminister Giesberts und seine getreuen Geheimräte, Direktoren, Inspektoren usw. usw. brechen offenbar vor Ehrgeiz, die Reichspost unter allen Reichsinstitutionen zum unpopulärsten, teuersten und dafür am wenigsten funktionierenden Reichsbetrieb zu gestalten. Die Herren sind mit ihren Bemühungen demnach glücklich am Ziele angelangt. Wie uns weiter scheint, schlägt bei dem deutschen reichspostalischen Ratich zur Erzielung der größtmöglichen Verkehrslangsamkeit und Unpünktlichkeit die Oberpostdirektion Karlsruhe wie auch die lokale Postverwaltung im Verhältnis von 3 : 1 jede Konkurrenz.

Neben Tausenden von deutschen Geschäftleuten wissen besonders wir armen Zeitungsmenschen Lebenslanger über den heutigen reichspostalischen Verkehr zu fingen. Nicht nur, daß die Reichspost durch Gebühren sich bemüht, in idealem Weltverkehr mit Papierproduzenten unseren Gewerbe den Todesstoß zu versetzen, menschenfeindlich, wie man einmal im Reiche des Herrn Giesberts ist, werden wir vorher noch in den Zustand der Verzweiflung geiaat.

Wie das die herrliche Reichspost besorgt, dafür aus selbst-erlebtem eine kurze Schilderung. Ueber die Verhandlungen des Parteitags in Augsburg hatten wir uns unter Aufwendung verhältnismäßig hoher Aufwände einen eigenen Bericht bestellt, weil laut Kurzbuch zu ersehen war, daß, wenn der Eilbrief mit dem Bericht abends 10.50 Uhr in Augsburg in Karlsruhe eintrifft, er früh 3.41 Uhr fahplanmäßig in Karlsruhe eintrifft. Dieser Zug führt nämlich Post mit sich. Es war also in Augsburg genügend Zeit zur Abfassung des Berichts wie zur Expedierung des Briefes, ebenso hier in Karlsruhe, wo die Postverwaltung von 3.41 bis 6 Uhr früh, der Stunde des Beginns der Redaktionsfähigkeit, Zeit hatte, den Brief an die Adresse gelangen zu lassen. Durch billere Erfahrungen gewöhigt, machten wir der zuständigen Postverwaltung praktische Vorschläge, wie am leichtesten und schnellsten der Brief nach seinem Eintreffen hier in unsere Hände gelangen kann. Man tut nämlich gut daran, der Reichspost ein bißchen unter die Arme zu greifen, wenn die Geschäfte einigermaßen klappen soll. Aber — was sind Gedanken, was sind Entwürfe und praktische Vorschläge! Der reichspostalische Amtschimmel schleppte einfach die Briefe an eine Stelle, von wo aus sie uns zu spät erreichten. Zweimal glückte es der Reichspost, uns den Brief rechtzeitig zuzustellen, zweimal erhielten wir ihn nach wahren Ringämpfen am Telephon mit dem Bahnpostamt und den Postämtern 1 und 2; ein Ringen am Draht, das sich auch aufs Telegraphenamt ausdehnte.

Gleich der erste Brief gelangte bei uns erst 7 Uhr 47 statt um 6 Uhr an, und auch dann erst, nachdem wir telephonisch die Postämter der Reihe nach in Alarmzustand versetzt hatten. Postamtlich wurde die Andebe gebraucht, der Schnellzug habe große Verspätung gehabt. Wir stellten sofort durch Anfrage bei der Bahn fest, daß die Verspätung nur 25 Minuten betragen hatte; der Zug war statt 3.41 um 4.06 eingetroffen. Die Post hatte also immer noch zwei Stunden Zeit, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Wir erhielten Entschuldigungen und die Versicherung, daß es fortan klappen werde. Am nächsten Tage funktionierte die Geschäfte schon wieder nicht, was abermals lebhaft telephonische Unterhaltungen zur Folge hatte. Dann — witzlich und Wachschaftigkeit: zweimal erhielten wir den Brief pünktlich. Am Tage darauf entdeckten wir ihn mit Not und Mühe auf dem Telegraphenamt, allwohin ihn der alte reichspostalische Amtschimmel geschleppt hatte und am Samstag erhielten wir den Brief 8 Uhr 15 Minuten. Die Briefumfänge waren mit großer gedruckter Adresse versehen und auf Wunsch der Postverwaltung hatten wir unseren Augsburger Korrespondenten noch veranlaßt, groß mit Notiz „Eilbrief“ auf den Umschlag zu schreiben. Den postalischen Vermerk: „Eilbrief. Express.“ enthielt der Umschlag anherdem. Alles vergeblich. Statt daß der Brief nach dem Postamt 2 wanderte, ging er, je nachdem, nach dem Postamt 1, von dort nach dem Telegraphenamt und während dieser Spazierfahrten wurden natürlich einige Stunden verträbelt. Zu was zählt man auch Expressporto! Die herrliche Deutsche Reichspost will doch auch für das Geld etwas leisten.

Dabei waren noch andere schöne postalische Leistungen zu bewundern. Wir erhielten so gegen 8 Uhr Briefe, die in Augs-

burg am Abend vorher zwischen 9-10 Uhr, in Karlsruhe zwischen 4-5 Uhr früh abgestempelt waren. Der Samstagbrief war in Augsburg zwischen 8-9 Uhr, in Karlsruhe dagegen zwischen 7-8 Uhr abgestempelt. Ist nun dieser Brief unterwegs verunmüht worden, oder hat er hier zwei Stunden gebraucht, bis er unter die Stempelmaschine gekommen ist? Wer vermag reichspostliche Geheimnisse zu erröndern?

Nach eine andere Prachtleistung der Reichspost. Täglich geht an uns von Berlin, Anhalter Bahnhof, mit dem Abendpostzug ein Brief ab. Der Brief trifft mit dem fahrplanmäßig hier 9 Uhr 45 vormittags fälligen Zuge ein. Eine zeitlang konnten wir wenigstens mittags in den Besitz des Briefes gelangen. Damit ist seit einigen Tagen auch vorbei. Dieser, kurz vor 10 Uhr vormittags eintreffende Brief ist bis nachmittags 2 1/2 Uhr in Karlsruhe noch nicht ausfortiert; wir erhalten ihn erst gegen Abend. Es dauert also ungefähr 6-7 Stunden, bis hier in Karlsruhe ein Brief auf irgend einem Postamt so ausfortiert ist, daß er in unser Postfach gelangen kann. Dafür erfreut uns aber die Karlsruhe Postverwaltung durch Sendungen, die uns nicht gehören. Am Samstag verjögerte sie die Abfertigung des Gilbrieffes mehrere Stunden, dafür schickte sie uns — 48 (in Worten geschrieben achtundvierzig) Reichsgelbesblätter von ein und derselben Nummer. Wir haben zur Entschädigung für den ausgebliebenen Gilbrieff die ganze Ladung aller für Karlsruhe bestimmten RWA bekommen.

So unerhält die Deutsche Reichspost im allgemeinen, ihre vorzügliche Filiale in Karlsruhe im besonderen den postamtlichen Verkehr. Wer leben ja auch im Zeichen des Wiederaufbaus. Und, was nicht unermüdet bleiben darf, auf allen Postämtern nimmt es nur so von oben und unten Pflichten, von Inspektoren und Direktoren; in den höheren Regionen von Beamten und anderen Mäßen. Wer kennt sich noch aus in der bunten Schar der reichspostlichen Mandarinen!

Wir haben hier unsere Lebensgeschichte erzählt. Tausende gleich gelagter deutscher Staatsbürger konnten ähnliches berichten. Wir werden noch an anderer Stelle Gelegenheit nehmen, die postamtlichen Zustände in der badischen Landeshauptstadt eingehend zu beleuchten. Und es kommt dann noch einiges andere dazu.

Badische Politik

Die Frachtverbilligung darf nur dem Obst-erzeuger nützen

Dieser Grundsatz stellt jetzt, nachdem das Reichsverkehrsministerium endlich eine Verbilligung der Eisenbahnfracht für Obst und Gartenerzeugnisse vorgenommen hat, eine Anzahl Obstzeuger in der Badenregion auf. Sie haben ihre Obstpreise sofort um das Doppelte erhöht und erklären, ihnen müsse eigentlich die Frachtverbilligung zugute kommen und nicht den Händlern, denn sie erzeugten doch das Obst. Zudem habe der Bad. Bauernverein, also ihre Organisation, zuerst die Initiative zur Frachtverbilligung ergriffen. In ihrer Auffassung wurden sie durch den Umstand bestätigt, daß sofort ein Anzahl Händler in den Ostgebieten eintrafen, als die Tatsache der Frachtverbilligung durch die Zeitungen bekannt wurde; sie wollen natürlich gleichfalls ziemlich verdienen und der Konsumenten, der sich freute, Obst zu einigermaßen erträglichen Preisen zu bekommen, ist der Geßelle!

Das ist einfach ein Skandal. Finanzministerium und Ministerium des Inneren haben sich für Baden bemüht, billigere Fracht und damit billigeres Obst zu vermitteln und nun kommen Erzeuger und Händler und heimfen die Vorteile der verbilligten Fracht ein. Das ist der Segen der freien Wirtschaft, für welche die bürgerlichen Parteien schwärmen. Den Händlern und Erzeugern muß von den Konsumenten, wenn sie Obst einkaufen, ganz energisch gesagt werden, daß die Frachtverbilligung für sie und nicht für die anderen vorgenommen worden ist.

Zwangsschule oder bloß Regelschule?

Unter dieser Überschrift wandte sich im „Bad. Beobachter“ der Landtagsabg. Geh. Finanzrat Dr. Schmitt in Karlsruhe gegen den sozialdemokratischen Antrag zum Reichsgesetz im Reichstag, der lautet: „Die Volksschulen sind Gemeinschaftsschulen. Bekannntschulen und Bekannntschulfreie Schulen können in jeder Gemeinde nur neben der Gemeinschaftsschule und nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes errichtet werden.“ Nach seiner Auffassung ist der sozialdemokratische Antrag verfassungswidrig und nur der Zentrumsantrag auf gleiche und freie Entwicklungsmöglichkeit für alle drei Schultypen würde der Reichs-

verfassung entsprechen. In der Nr. 80 der „Badischen Schulzeitung, dem Organ des Bad. Lehrervereins, wendet sich nun A. Kimmelman, der bekannte Schulpolitiker, in längerer Ausführungen dagegen. Mit genauer Kenntnis des Materials und scharfsinniger Interpretation der geltenden Bestimmungen erörtern Kimmelman den Nachweis, daß die von Schmitt angeführten Verfassungsbestimmungen keine genügende Grundlage sind und daß nur aus der Entstehungsgeschichte des Art. 140 klar und eindeutig die verfassungsmäßige Grundlage feststellen Entscheidungen über Sachsen, Hamburg und Bremen berechtigen zu der Auffassung, daß tatsächlich Sonderbestimmungen nur werden, nicht aber anstelle von Gemeinschaftsschulen errichtet werden können. Angesichts der starken Propaganda, die von Seiten der katholischen Kirche und des Zentrums für die kirchlichen Schulbestände zurzeit betrieben wird, bilden die Ausführungen Kimmelmans einen wertvollen Beitrag zur Klärung der verfassungsrechtlichen Lage. Die Arbeiterschaft muß sich klar darüber werden, daß das Zentrum sich zu einem Kampfe um die Schule vorbereitet; dem dürfen wir nicht tatenlos zusehen.

Ernährungsfragen. Unter dem Vorzeichen des Ministers Kimmelman und in Anwesenheit der Bezirksamtsvorstände sowie zahlreicher Bürgermeister, Gemeinde- und Bezirksräte des Kreises fand in Radeffell kürzlich eine eingehende Aussprache über die diesjährige Getreideumlage und die Getreideverteilung statt, wobei Minister Kimmelman den Standpunkt der Regierung eingehend darlegte. Es müsse den Landwirten klar gemacht werden, daß Stadt und Land sich unbedingt über diese wichtige Frage verständigen müssen, zumal der schlechte Stand unserer Valuta den Ankauf ausländischen Getreides verbiete. In der Frage der Sicherheitsmaßnahmen im Seegebiet sagte der Minister, man werde versuchen, die von der Entente nicht erlaubte Sicherheitspolizei in Sigmaringen, jedenfalls aber unter allen Umständen diejenige in Waldshut zu erhalten. Auch sollen weitere organisatorische Maßnahmen getroffen werden mit Stützpunkten in Radeffell oder Konstanz bei gleichzeitiger Vermeidung von Anstaus. Die Sicherheitsmaßnahmen seien nicht gegen bestimmte Volksteile gerichtet, sondern dienen lediglich der Erhaltung des Staates und seiner Befehle. — In einer Verammlung in Radeffell sagte Minister Kimmelman u. a., eine freie Wirtschaft müsse in anormalen Zeiten zum Ruin führen. Für Radeffell ist die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft beschlossene Sache und für eine Reihe anderer Bedarfartikel könne sie jedenfalls auch wieder. Die Getreidezwangswirtschaft sei notwendig, hätten wir sie nicht, so wären die Folgen einer tiefen Brotverknappung bedauernd gewesen und der Landwirt selbst hätte keinen Vorteil davon gehabt. Um den Brotpreis einigermaßen erträglich zu halten, müsse das Reich Zölle leisten. Solange ein jeder Berufstand sein persönliches Interesse das der Allgemeinheit voranstelle, sei an eine Besserung nicht zu denken.

Kleine badische Chronik

* Forstbach, 23. Sept. Obsthöfen wurden aus einer Fabrik vier Goldanoden im Werte von 100 000 M. — Selbst in der Nacht zum Samstag ließ sich ein 22 Jahre alter Goldschmied aus Langenbrunn auf der Bahnhofsstraße in Radeffell unter der Hand vom Zuge übersahen und wurde getötet.

* Reibelsfeld, 23. Sept. Gellern obend gegen 10 Uhr feuerte in der Hof ein 23jähriger Arbeiter mehrere scharfe Revolverkugeln auf seine Frau ab, ohne sie glücklicherweise zu treffen. Die Tat geschah aus Eifersucht. Der Täter wurde in Haft genommen.

* Reibelsfeld, 23. Sept. Schwere Verunglückung wurde im Jementreck Lzimen der schwer beschäftigte Sägemaschinenbesitzer Döhlischlagger. Er wurde ins Krankenhaus verbracht.

* Reibelsfeld, 22. Sept. In den Summwerken „Kodak“ wurden durch längere Zeit große Diebstähle von Waren vollführt, die in letzter Zeit aufgedeckt werden konnten. Ein in der Fabrik angestellter Nachwachter wurde bereits verhaftet. Die gestohlenen Waren sollen einen bedeutenden Wert haben.

* Reibelsfeld, 22. Sept. Ein räufchischer Hausbesitzer, tümer. Der trug sich dieser Tage ein Vorfall zu, der so recht die Brutalität und Rücksichtslosigkeit mancher Reichen offenbarte. Der Hausbesitzer, Wader und Speyerhändler Willi Garbe drang bei Abwesenheit seines Rutzers Gen. Benz, sowie dessen Frau am Freitag nachmittag, kurz vor dem Schlafengehen in das Schlafzimmer und einen Teil in den Hausflur. Benz wohnte mit einer hübschen Familie zwei Zimmer und Küche. Die Mohrt des G. ging soweit, daß er das 6 Jahre alte Kind von Benz, das infolge Weinbruchs mit einem

Gibberband krank im Bette lag, mit hinüberbeförderte. Das geräumte Zimmer benötigte der Herr jedenfalls, um seinen Nachbarn sowie die übrigen Artikel zu verpacken. Wir erwarnten, daß die Staatsanwaltschaft diesem Hausgewaltigen klar macht, daß ihm das Recht nicht zusteht, in die Wohnung seines Mieters einzudringen und gewaltsam ein Zimmer zu räumen. In einem gerichtlichen Nachspiel wird es noch kommen. Die Arbeiterkraft möge sich das Verhalten dieses Hausgewaltigen ganz besonders merken.

* Konstanz, 21. Sept. Ausfuhrverbot von Seefischen. Unter Berücksichtigung der Ernährungslage wird durch eine in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung kommende Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die Ausfuhr für Seefische mit Wirkung vom 25. September d. J. abgeperrt. Von dem Verbot betroffen werden frische Seefische, grüne und gelbliche Heringe, Klipp- und Stöckfische sowie zubereitete Fische mit Ausnahme von Marinaden in Tonnen und Fässern und von Konserven.

* Verbot der Verfütterung von Brotgetreide. Es wird nochmals auf das Verbot der Verfütterung von Brotgetreide und Mehl aus Brotgetreide, sowie der Verfertigung von Futtermitteln daraus eindringlich hingewiesen. Die zweifelslos wesentlich unschädlichere Getreideart gegenüber dem Verbot ist es doppelt angezeigt, diesem Verbot entgegenzutreten. Verbot allen Nachdruck in der Durchführung zu geben. Die Kommunalverbände wurden daher angewiesen, in weitestem Maße das Verfütterungsverbot der Landwirte wieder in Erinnerung zu bringen und bei Zuwiderhandlungen mit Nachdruck durchzugreifen.

* Konfalsdienst. Der zum Großbritanischen Vizekonsul in Frankfurt a. M. ernannte Herr Arthur James Percival Cutler wurde zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden zugelassen. — Nachdem dem Mexikanischen Konsul in Frankfurt a. M. Herr Leopoldo Alberto Quijano namens des Reiches das Exequatur erteilt worden ist, wurde er zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden zugelassen.

* Von der Schweizer Grenze. Eine verschärfte Grenzkontrolle wird nunmehr aus der schweizerischen Seite angeordnet. Man hat die Beobachtung gemacht, daß in Baden wohnhafte Leute die Grenzpassierscheine dazu benutzen, um in Basel zu arbeiten. Man hat aber in der Schweiz selbst genug Arbeitslose und will diese neue deutsche Konkurrenz ausschalten. Es ist daher für die Grenzpassierscheine für den Bezirk Basel-Nord folgende Anweisung ergangen: Ausländer mit grünen Passierscheinen, deren Begründung „zum Besuch“ lautet, sind vom 21. September d. J. an nicht vor 10 Uhr morgens einreisen zu lassen. — Nicht einträglich ist jetzt auch wieder das Schmuggelgeschäft zu sein. Nach dem Steingrenzhole werden täglich solche Individuen erwischt. In diesen Tagen entdeckte die Grenzpolizei oberhalb Eßlingen ein großes Lager, das an Land gefahrt wurde und auf Abnehmer wartete. Auch von weiter oben am Intersee hört man, daß große Warenlager in der Schweiz nur durch deutsche Hilfe gelangen können. Es wird bei uns nicht besser, ehe nicht der Salgen steht. Der würde wirken. Doch in großen die Volkswirtschaft, Lebensmittellieferer, Preisstreiber und Großhändler. Zu diesen Kategorien von Menschen scheint auch ein Mann zu zählen, der auf der Wobensbahn wegen Raubens in einem Nachtzugversteck eine Strafe von 20 M. erdienen mußte. Erprobte rauchte er ruhig weiter und wurde nochmals mit 20 M. Strafe belegt. Schließlich zündete er sich noch eine Zigarette mit einigen Zwanzigmarskheinen an. Die neue Zigarette steckte er sich dann allerdings, wie aus Wimmenshausen (Amt Ueberlingen) berichtet wird, im Nauderastiel an.

* Kelling, ob Reibers im Verbieben. Ein Brief aus der Schweiz nach Deutschland löst 40 Klappen. Als der Franz 350 galt, kam ein schweizer Kaufmannschilling über die Grenze mit 12 Deutschlandbriefen. Diese hätte er in mehreren Tagen auf eigene Rechnung und Gefahr angeammelt, weil er nicht alle Tage über die Grenze durfte. Die bereits aufgellebt gewesenen Schweizer Marken erneuerte er wieder. Seine Rechnung war gut. Die 12 Briefe hätten in der Schweiz 4,80 Fr. gekostet. Die hätte er also. So legte er noch 20 Klappen zu, ließ auf einer Konstanzer Bank einen Kauf-Frankschein umzuwechseln, wofür er 1750 Mark zahlte. Den Restbetrag verjübelte er aber nicht, sondern legte ihn auf sein Konto an. Er hat deren mehrere. Zusammen weisen sie einen Betrag von rund 80 000 Mark auf. „verdient“ auf diese Art und „verdient“ durch gelegentlichen Kauf und Verkauf (mit dem „ber-dienten“ Geld) von Mark und Frank. Mehr als 10 Frank riskiert er aber bei den Banken nie, obwohl seine kleinen Spekulationen ihm noch nie Verlust erbracht haben. Er hat die Ansicht — wenn er in 1/2 Jahren ausgerechnet hat — in Deutschland ein Haus und ein Geschäft zu kaufen.

Hinter Pflug und Schraubstock

Sitzgen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs von Max Eytz (Hortfegung.)

Ein gemeinsames Frühstück, zu dem ich mir erlaubte, ihn sofort einzuladen, genigte, ihm das Wesen und die Vorgänge eines gewöhnlichen Dampfplugs zu erklären, ein Mittagsgeld, ihn von der Notwendigkeit der Einführung und Verbreitung dieses großartigen Fortschritts auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Technik zu überzeugen. Mit Papieren aller Art war ich wohl vorbereitet. Ein begeistertes Aufschrei, noch im Raustreife stellte fest, daß namentlich der wirtschaftliche Rückgang des Südens, dem durch die Sklavendefreitung die Hauptkraft des Südens, dem durch die Entzogen worden war, nur durch Fortschritt Dampfplugs möglich sei, die in Ägypten in der Hand Ismaelwälder Fellenen Wunder geschaffen hätten und in Indien — hier dichtete ich beträchtlich — die verdorrten Niefentischen entlang des Ganges in blühende Reepärten zu verwandeln in Begriff stünden. Ist es nicht die patriotische Pflicht einer erleuchteten Gesellschaft, frage ich in einem Wald von Ausdrucksgeoiden, die Einführung eines derartigen menschenbeglückenden Apparates mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern? jeden Schritt freudig zu begrüßen, der den von ihren Fortschritten befreiten, aber heute darniederliegenden Brudervölkern ihre materielle Wohlfahrt wiederbringt und sie gleichzeitig dem Fluch einer sündhaften Ausbeutung der Menschheit entzieht? Darf nicht erwartet werden, daß die weitestgehende Vertretung des größten Volkes unserer Zeit mit Freuden das einzige Hindernis entfernt, das der Erreichung dieses herrlichen Zieles Schwierigkeiten bereitet, und ohne Verzug die Anschaffung oder wenigstens die zeitweise Aufhebung eines Prohibitivzolls auf Dampfplugs beschließen wird?

„Sehr gut!“ sagte Olcott, als ich ihm mein Memorandum vorgelesen hatte: „was bezahlen Sie dafür?“ Obgleich selbst nicht Amerikaner, war ich in einen patriotischen Schwung geraten, dem ich so rasch als möglich Einhalt tun mußte, um antworten zu können. „Wofür?“ fragte ich, ein wenig nach Luft schnappend, um Zeit zu gewinnen. „Nun — für das Spezialgesetz, für die Aufhebung des Zolls auf Dampfplugs, sagen wir auf ein Jahr.“

„Sagen wir auf fünf Jahre.“ Ich lag ich vor, nach Fasslung eingehend.

„Gut! Nehmen wir an auf fünf Jahre. Wieviel?“ Ich schweig. So nahe ich mich dem Ziel nicht gedacht. Das schien ja über alles Erwarten einfach zu sein. Aber die Frage kam mir doch mit gar zu betäubender Wucht über den Kopf.

Olcott sah mich verwundert an. Nach einer Pause bemerkte er:

„Ihr Dampfplug mag vorzüglich sein. Das müssen Sie am besten selbst wissen. Auch was Sie da auf Ihrem Papier haben, ist nicht übel. Jedenfalls läßt sich etwas damit machen. Aber Sie glauben doch wohl selbst nicht, daß man eine wertvolle Beordnung wie die, die Sie brauchen, durch den Kongreß durchsetzen könnte ohne Schwierigkeiten. Da hat man zunächst alle möglichen Kosten: Druckkosten, Zinkkosten, Reisekosten, Konferenzkosten, Postkosten — alle möglichen Kosten, die sich nicht spezifizieren lassen! — Doch kommen wir zum Geschäft — Zeit ist Geld — Wieviel?“

So rasch ging es nun doch nicht, wie ich es voreiligerweise vermutet hatte. Die Verhandlungen dauerten drei Tage. Ich wand und kramte mich, so gut ich konnte; Olcott hatte viel Geduld mit mir. Am zweiten Tage war ich nahe daran, in einem Anfall heiligen Zorns abzubrechen: er hat mir selbst meinen Kopf wieder auspacken. Ich sei fortüber grün; das sei kein Wunder, meinte er, mich entschuldigen, bei meiner kurzen Anwesenheit in diesem großen und freien Lande; aber ich sei schließlich christlich. Welches würde sich wohl mit der Zeit geben; dann könnte noch ein tüchtiger Mann aus mir werden. Jedenfalls werde er meine Laufbahn mit großer Teilnahme verfolgen. Ich habe ihm vorläufig viel Spaß gemacht. Das einzige, was er bedauerte, sei, daß ich mit ihm auf politischen Gebiete nicht ganz übereinstimmen würde. Dann formulierte er den zehnten Vorstoß eines Abkommens, das ihm die Dampfplugs Amerikas jenseitig machen sollte.

Erschrocken waren wir am Ziel; wo eln Wille ist, findet sich ein Weg. „Olcott Olcott verpöficht sich“, lautete die geheimnisvolle Vereinbarung, „nach Kräften dahin zu wirken, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten von Nordamerika innerhalb der nächsten zwölf Monate die seltene Einfuhr von Dampfplugs auf eine Reihe von Jahren, jedoch nicht unter drei, zum Gesetz erhebt. Für die hierdurch entstehenden Geschäftskosten und Bemühungen erhält Olcott von der durch Herrn Eytz ver-

tretenen Firma zunächst zur Einleitung der erforderlichen Schritte tausend Dollar bar, sodann siebenhundert Prozent von jedem unter dem Gesetz eingeführten Dampfplug, bis die erhaltene Summe hunderttausend Dollar beträgt, und später ebenfalls hundert Prozent bis zur Wiedereinführung des gesetzlichen Normalzolls für landwirtschaftliche Maschinen.“ Damit konnten wir beide zufrieden sein. Ich oder vielmehr Olcott hatte mich überzeugt, daß man auch in der größten der Republiken dem Lande nicht umsonst Wohlthaten erweisen kann. Ich hätte eine gewisse Dankbarkeit gegen den Wiedermann, der mit seinem offenen Munde der ganzen Verhandlung jeden bösen Schein abzustreifen gewußt hätte und mit Eifer an die Arbeit zu gehen verjübelte. Wir schieden an den Warmbädern des Kapitols, mit lebhaften Verjüngungen gegenseitiger Hochachtung. Wir jedenfalls war es um tausend Dollar leichter zumute, was auch aus der Sache weiter werden sollte.

„Und seitdem haben Sie nichts mehr von Ihrem Oberst und Gesetgeber gehört?“ Indes Ermettlow etwas verjübelte, nachdem ich ihm die Geschichte zu meiner eigenen Verjüngung beim dritten Male etwas ausführlicher mitgeteilt hatte. „Na, das wird schon kommen. Mit tausend Dollar ist mein Herr Kamerad im Norden nicht zufrieden. Ich kenne meine Republik.“

„Wir werden ja sehen“, meinte ich etwas heimlich: „unter tausend Dollar konnte ich wohl kaum erwarten, mit dieser Aufgabe durch Washington zu kommen. So weit kennen glücklicherweise auch meine englischen Freunde das Land. Im übrigen soll mich das alles wenig kümmern, wenn ich in ein paar Tagen meinen Dampfplug zwischen die Finger bekomme. Dann sollen die Herren Amerikaner schon die Finger aufmachen.“

„Na, na!“ machte der Oberst, in dessen Seele der Stolz des werdenden Jankees mit dem Vexer, in Amerika zu sein, in fortwährendem Kampfe lag. Wir hatten, wie es die Unfälle des Landes will, halb Deutsch, halb Englisch gesprochen und kaum bemerkt, daß sich auch am Nachboreich jemand niedergelassen und zu fröhlichen begonnen hatte: ein alterer, gutmütig aussehender Herr mit einem furchtbaren Ansehen.

„Na, na!“ sagte auch der neue Gast, sichtlich bestrebt, Deutsch zu sprechen, fuhr aber dann jäh auf englisch fort: „Entschuldigen Sie mich, Gentlemen; ich bin Mister Laurence Wadler; Mister Laurence, Waagnohplamtag, Waagnohplamtag, Waagnohplamtag, Waagnohplamtag — Sie kennen ihn?“

(Hortfegung folgt.)

Sozialdemokratischer Parteitag

Augsburg, 22. September 1922.

Fünfter Verhandlungstag

Vorstand Simon eröffnet die Verhandlungen um 10 Uhr und teilt mit, daß zwei Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Georgiens gekommen seien. Er verliest eine Erklärung der beiden Vertreter, in der es heißt: „Die militärische Okkupation Georgiens durch die Sowjetregierung dauert fort. Diese Besetzung bedeutet bei uns die Reaktion. Die Sozialdemokratische Partei Georgiens wird getreue Arbeiter sein. In den Gefängnissen Georgiens schmachtet 10.000 bis 11.000 Arbeiter. (Hört! Hört!) Die Arbeiterjugend schmachtet in den Gefängnissen. (Hört! Hört!) Wir überbringen die Grüße von 3000 eingekerkerten Arbeitern. Aber es ist noch nicht aller Tage Abend. Der Sozialismus wird auch bei uns zum Siege kommen.“ (Beifall.)

Es wird nun in die Diskussion über das Referat: „Die Sozialdemokratie im Kampfe um die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau“

fortgesetzt. Frau Zetisch-Frankfurt a. M.: Wir müssen dafür sorgen, daß unter allen arbeitenden Frauen der Organisationsgehalt nicht als bisher niedrig bleibt. (Sehr richtig!)

Frau Ledeburg-Berlin: Das neue Reichsjugendwohlfahrtsgesetz gibt den Gemeinden neue große Aufgaben. Es muß aber auch für die Mädchenfürsorge und Ausbildung gesorgt werden, weil diese Mädchen noch viel mehr gefährdet sind als die Knaben.

Beener-Wien: Wir müssen die Familie stärken. Frau Zetisch-Frankfurt: Auf dem Gebiete der Wohlfahrtsfragen ist Gelegenheit gegeben, die Frauen dem Sozialismus anzunähern. Die Wohlfahrtsarbeiten müssen wir mit unserm Geiste durchdringen.

Genossin Neise berichtet auf das Schlußwort. Nun wird folgende Entschließung angenommen:

„In voller Anerkennung, was für die Gleichstellung der Frau innerhalb der Gesetzgebung bisher erreicht worden ist, richtet der Parteitag Berlin an den Parteitag in Augsburg die Bitte, dahin zu wirken, daß sobald als möglich Widersprüche zwischen den bestehenden Gesetzen und der Weimarer Verfassung beseitigt werden.“

Dringend notwendig erscheint unter diesem Gesichtswinkel die Angleichung des Familienrechts im BGB. Es genügt nicht, wenn eine Reform des Ehegesetzes nach den bereits vorliegenden Gesetzentwürfen durchgeführt wird, sondern ebenso dringend erforderlich ist es, daß die Mutter dem Vater in allen Rechten, die das Kind betreffen, gleichgestellt wird. Dem Artikel 109 der Verfassung ist Geltung zu verschaffen, dem ebenso dem Artikel 119, der die Mutterschaft als solche, und dem Artikel 121, der das uneheliche Kind unter den besonderen Schutz des Staates stellt. Dem Artikel 28 der Verfassung entsprechend sind alle Ausnahmeverordnungen gegen weibliche Beamte (also auch gegen die unehelichen Mütter unter den Beamtinnen) zu beseitigen.

Die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau, wie sie in der Verfassung und im Betriebsrätegesetz ausgedrückt ist, wird sich dann erst erfüllen, wenn den Mädchen die gleichen Auszubildendenstellen offen stehen wie den Knaben. Hierzu sind in der Schulangelegenheit und in der Reform des gesamten Lehrlingswesens die Vorkehrungen zu schaffen.

Außerdem muß auf der Basis der Gleichberechtigung der Sozialdemokratischen Fraktion ein Gesetz über die Gleichstellung der Frauen mit den Männern in der Ehe erlassen werden. Die Reform der Ehe ist ein zentraler Punkt der Sozialdemokratischen Politik. Die Reform der Ehe ist ein zentraler Punkt der Sozialdemokratischen Politik. Die Reform der Ehe ist ein zentraler Punkt der Sozialdemokratischen Politik.

Hierauf erhält das Wort der Genosse Saenger-München zu seinem Referat über die

Justizreform:

Es ist eine banale Selbstverständlichkeit, daß sich auch die Gesetze ändern müssen, wenn ein ganzes Staatsstufen zusammenbricht. Die Justizreform ist nach zwei Gesichtspunkten zu gliedern: Reform des Gesetzes und Reform der Gesetzesanwendung. Es ist zu verlangen, daß das Bürgerliche Gesetzbuch in die notwendige formelle Neubearbeitung mit der republikanischen Verfassung gebracht wird. Die Republik hat auch auf Neuherstellungen zu sehen! In dem allgemeinen Teil des BGB ist die Anwendung zu verlangen, daß die Volljährigkeit mit der politischen Mündigkeit zu übereinstimmen hat, es müßte möglich heute die rechtliche Volljährigkeit mit der Vollendung des 20. Lebensjahres eintreten. Im Rechte der Schuldverhältnisse stehen zwei Fragen im Vordergrund unseres Interesses: Erhöhter Mieterschutz und ein neu zu schaffendes allgemeines Arbeitsrecht. Der erhöhte Schutz des Mieters wäre vor allem in den Etagen gegen ungesetzliche Mietsänderungen und in den Etagen gegen die von den Hausbesitzervereinen dem Mieter zwangsweise diktierten Bestimmungen des jeweiligen Mietertrages festzusetzen. Ueber Arbeitsrecht und Arbeitsgerichte ist folgendes zu sagen: Die Arbeitskraft steht in der Republik unter dem besonderen Schutz des Reiches, und das Reich hat nach Artikel 107 der Verfassung ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen. Es würde keine Bedenken dagegen haben, daß die Kaufmanns- und Gewerbegerichte in den künftigen Arbeitsgerichten aufgehen. Zu wünschen ist, daß der ordentliche Vorsitzende — Richter — des künftigen Arbeitsgerichts nicht nur aus dem Kreise der juristischen Berufsrichter entnommen wird, es sollte die Möglichkeit vorbehalten sein, jeden Befähigten zum Berufsrichter des Arbeitsgerichts zu machen.

Die dringlichsten Voraussetzungen für unverzügliche Reformen finden wir im Familienrechte. Es gilt zunächst einmal wieder den seit drei Jahren geltenden Verfassungsgrundsatz von der absoluten Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann durchzuführen. Die Mutter ist zu fragen bei der Entscheidung über das künftige Lebensschicksal des von ihr geborenen Kindes, auch sie hat die Einwilligung zur Eingehung der Ehe des gemeinsamen Kindes zu geben. Die Reformdringlichkeit des Scheidungsrechtes ist kaum mehr bestritten.

Eine Ehe aufrechtzuerhalten zu müssen oder zu wollen, die keine Ehe mehr ist, ist die unbilligste, die festste und unheilvollste Handlung, deren Menschenkinder überhaupt fähig sein können.

Gleichheit von Mann und Frau ist auch im ehelichen Güterrecht durchzuführen. Nach dem jetzigen Recht sind die gesetzlichen Erben der verstorbenen Ehefrau die Erben des Erblassers und deren Abkömmlinge. Die Gruppe dieser gesetzlichen Erben könnte nach Umständen des Staates befristet werden.

Unter der Aufsicht der Strafrechtspflege leidet die Arbeiterschaft am meisten. Durch den Strafvollzug, Unterdrückung des Rechts der Verteidigung, Strafminimierung u. a. Eine Gesellschaft heranzubilden, in der es niemals strafbare Handlungen geben wird, ist kaum möglich. Daß die sozialen Verhältnisse die Hauptursachen strafbarer Handlungen sind, darüber bestehen heute kaum noch Streitigkeiten. Unter den sozialen Ursachen ist der Alko-

hol eine der traurigsten. An dem niederbayerischen Schwurgericht in Straubing sind sämtliche in den Jahren 1901, 1902 und 1905 abgeurteilten Fälle von Totschlag und Körperverletzung mit Todesursache auf Sonn- und Feiertage oder Feiertagegelegenheiten gefallen. Und wenn wir sehen, wie in den von der politischen Kirche nahezu reiflos beherrschten Gegenden die Kriminalität am höchsten ist, so würde sich hier ein interessantes Feld der Betätigung für die hohen Kirchenfürsten ergeben. Sogar nicht überhört hinsichtlich der Kriminalität am unglücklichsten; denn in diesem von der Bayerischen Volkspartei politisch beherrschten Lande trafen auf 100.000 Strafmündige 400 strafbare Handlungen, in Sachsen, dem roten Sachsen, 94 (Hört! Hört!). Wir machen selbstverständlich nicht die Religion irgend- wie dafür verantwortlich.

Einen wesentlichen Teil zu der Masse der Verbrecher liefern auch die geistig Erkrankten. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß unter den Sittlichkeitsverbrechern nur 50 Prozent als ungeschwändelt zurechnungsfähig angesehen werden können. Mit der „gerechten“ Strafe im Sinne der heutigen Verfallsurteilsrechtslehre muß ausgemerzt werden. Wir brauchen im Strafrecht keine Kultur der Logik. Schutz der Gesellschaft, das ist und bleibt das Ziel sozialistischer Strafrechtsreform. Fast die Hälfte der von den deutschen Gerichten Verurteilten ist bereits verurteilt, zwei Drittel mehr als einmal, fast ein Fünftel mehr als fünfmal. Das ist der Erfolg vor allem der kurzfristigen Freiheitsstrafen. Darum zunächst bedingte Verurteilung in allen Fällen, in denen es sich um eine Gelegenheitsdelikt handelt. Die kürzeste Freiheitsstrafe müßte überhaupt mindestens einen Monat betragen; die Freiheitsstrafe muß bis zu einer gewissen Höhe auch durch freie Arbeit abgetragen werden. Die Umwandlung einer Geldstrafe in eine Freiheitsstrafe im Unvermögensfalle muß beseitigt werden. Mit dem heutigen Arbeitshaus ist schneidens anzutreten.

Für den Strafvollzug werden wir zweifellos manche Ideen dem amerikanischen Rechte entnehmen können. Nicht die Verurteilung, sondern die Errettung muß das Ziel sein.

Es erscheint mir nicht als Nebenbedingung, die Justizhausstrafe beizubehalten. Die Abschaffung der Todesstrafe ist ein Grundgesetz sozialistischer Strafrechtslehre, zu dem wir nach wie vor stehen. Der Staat der Gesellschaft muß vor allem dadurch erreicht werden, daß die Unversehrlichkeit dauernd über die zur früheren Gefährdung in besondere Anstalten überwiesen werden. Der Schutz des Staates, der heute ein Volkstaat ist, ist besonders herporzuheben.

Daß die Verbrechen der Sappel reformbedürftig sind, ist allgemein anerkannt; daß die Bestimmungen über die Strafbarkeit der Verbrechen nicht vollständig aufgehoben, wohl aber geändert werden müssen, ist gleichfalls eine Selbstverständlichkeit.

Diejenigen, die mit frommem Augenaufschlag von der durch die Revolution angebahnten herbeigeführten Demokratisierung sprechen, müßten sich erinnern, daß im Jahre 1918 die Zahl der wegen Verbrechen des schweren Diebstahls bestrafte Jugendlichen um 254 Prozent ist, als die Zahl der wegen Verbrechen des schweren Diebstahls bestrafte Erwachsenen, und diese Verurteilungen müßten weiter darüber nachdenken, daß in den Jahren 1890 bis 1900 die Zahl der Mord durch Jugendliche unter 20 Jahren sich verdreifacht hat.

Die Bestimmungen über die Revision im Strafrecht bedürfen gleichfalls einer dringenden Reform. Die Rechtsmittel sind nicht für die Juristen, sondern für das Volk da. Das Wiederbeschwerdenverfahren muß erleichtert werden. Die Rechtsstellung des Verteidigers ist zu erweitern. Das ganze strafrechtliche Vorverfahren muß vor allem radikal von den letzten Resten des Inquisitionsprozesses befreit werden. Die Ablehnung eines Richters muß auch nach während der Verhandlung möglich sein. Die Lösung der Justizreform ist auch eine Frage der Finanzen unseres Landes. In diesen furchtbaren erbarungslosen Zeiten ist uns das Recht, das Symbol unseres Kampfes für einen neuen Staat, eine neue Welt, das Symbol unseres unermüdbaren Kampfes, Erlösung derer, die dem Fluche der Verurteilung und der Stillehülle zuweilen im Schatten dieser Erde leben, (Redhafter, anhaltender Beifall.)

Diskussion

Frau Müll-Frankfurt: Neben der Eherechtsreform muß eine wirtschaftliche Befreiung der Frau einhergehen. Die Frauen dürfen nicht gezwungen werden, die Ehe als bequeme Verpflegungsmittel anzusehen.

Genossin München: Wir wollen Rechtsprechung nach sozialen, politischen und finanziellen Gesichtspunkten. Notwendig ist auch die Reform des Arbeiterrechtes. Die Gesetzgebung muß so geändert werden, daß mindestens der fünfte Teil des Mittelschichtes an den Staat fällt.

Die Rede des Reichsjugendministers Radbruch haben wir bereits am Samstag veröffentlicht.

Abschließung

Vorstand Wels eröffnet die Verhandlungen um 10 Uhr. Die Diskussion wird fortgesetzt.

Dr. Knud-Danzburg: Das Verbrechen ist nicht nur eine soziale Krankheit, sondern eine Krankheit überhaupt. Es gilt darum, einen Schutz der Gesellschaft vor den kranken Verbrechern zu schaffen, aber nicht eine Strafe als Wache der Gesellschaft zu vollziehen. Die Strafgesetze müssen auf ihren Gesundheitszustand geprüft werden. Die Vorbereitung dazu ist eine Aufgabe der Justiz.

Genossin Dresden: Es ist eine moralische Ehrenpflicht des Reichstages, einen starken Protest gegen die Zustände in Arbeiterkreisen zu erheben. Dort sitzen seit 1918 Männer, die nicht mehr betrogen haben als die Kapelleute. Der Unterschied ist nur der, daß Keller und Genossen sitzen, während die Kapelleute amnestiert sind. Wir müssen jenes Mindestmaß von Gerechtigkeit verlangen, das notwendig ist, daß Deutschland nicht zum Gespött der ganzen Welt wird.

Herrmann Müller-Berlin-Lichtenberg: Die Befreiung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, wie sie in einem Entwurfe gefordert wurde, wäre eine starke Verschlechterung des jetzigen Zustandes. Die Gewerkschaften sind nicht einfach damit einverstanden, daß die Arbeitsgerichte dem Justizministerium unterstellt werden. Das Arbeitsministerium muß die aufsichtführende Behörde sein. Ich bin nicht der Auffassung, daß wir bei den Arbeitsgerichten Rechtsanwälte zulassen sollen. In den kleinen Orten, wo nur wenige Anwälte sind, werden es diese überhaupt ablehnen, die Arbeiter zu vertreten.

Nun wird die Diskussion geschlossen.

Es wurden nun folgende Resolutionen angenommen:

Justizreformen waren in Deutschland seit Jahrzehnten allgemein als notwendig erkannt; sie zu schaffen wurde im Kaiserreich unternommen. Durch die weltanschaulichen Gesichtspunkte unserer Zeit sind Reformen im Recht, doch nur der Überbau über Staat und Gesellschaft ist, besonders vorrangig geworden. Die Richtlinien der Reformen sind gezogen:

1. Politisch durch die republikanische Staatsform des Deutschen Reiches und seiner Länder

2. Wirtschaftspolitisch durch die Erkenntnis, daß die Arbeit die Hauptquelle jeglicher Wohlfahrt und des Glückes der Gesamtheit ist.

3. Ethisch durch den in der sozialistischen Weltbewegung der arbeitenden Massen neu erkannten Grundgedanken der solidarischen Gemeinschaft aller schaffenden Menschen und des Gemeinwohles, der über dem Interesse des Einzelnen steht und dadurch der Schlichter eben jedes Einzelnen wird.

Entsprechend der fortschreitenden Erkenntnis, daß die Arbeit des schaffenden Volkes die Grundlage des gesellschaftlichen und persönlichen Daseins ist, ist das Arbeitsrecht in einem umfassenden Gesetzeswerk festzulegen.

Die Verwirklichung der aus der Arbeit hervorgehenden Rechte und Pflichten geschieht vor allem als staatlichen Sondergericht zu errichten Arbeitsgericht, das die erprobten Vorzüge der Kaufmanns- und Gewerbegerichte in sich aufnimmt. Es sind auch in den höheren Instanzen bei den ordentlichen Gerichten einzusetzen.

Weiter ist zunächst zu fordern: Erhöhter Mieterschutz, Gleichstellung von Mann und Frau im Rechtsleben. Änderung des Scheidungsrechtes im Interesse von Ehe und Familie und entsprechend dem Geboten der Wahrhaftigkeit, Schutz des Kindes und der Mutter in der Erkenntnis, daß Mutterschaft und Kindheit ohne Rücksicht auf die gesellschaftliche Form der Gesellschaft stets ein heiliges Gut sind.

Erweiterung des Erbrechtes zugunsten der Gesamtheit. Vereinfachung der Rechtsverfolgung, vor allem durch Einführung eines Güterverfahrens im Prozeß, wie im Vollstreckungsverfahren.

Das Verbrechen als soziale Krankheit hängt auf das Innigste mit den gesellschaftlichen Zuständen eines Zeitalters zusammen.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung und in ihrer Verwirklichung der Arbeit erben und der Eingetragenen, mit ihrem Mißbrauch der Millionen auf der einen, dem Massen- und Einzelnen weniger auf der anderen Seite eine Quelle ungeschätzter Straftaten werden. Die Kriminalitätssteigerung des Kapitalismus wird wesentlich dadurch erhöht, daß die Verwirklichung des Verbrechens nach von der Wissenschaft längst widerlegten Dogmen in eine positive Förderung des Verbrechens umfließt.

Die Reform des Strafrechts kann nur unter dem Gesichtspunkte „Schutz der Gemeinschaft“ vor sich gehen. Das Ziel der Reform kann nur sein, den Verurteilten zu bessern, den Unversehrlichen vor sich selbst und die Gesamtheit dauernd vor ihm zu schützen. Nach diesen Richtlinien ist an die Umgestaltung der einzelnen Verbrechenstrafbestände zu gehen.

Im Strafrecht ist der Reiz unter Sicherung seiner freien Abkündigung zur Rechtsprechung bei allen Verbrechen der ersten und zweiten Instanz heranzuziehen.

Das gesamte Verfahren des Strafprozesses ist in dem Sinne zu reformieren, daß der Angeklagte eine dem Staatsanwalt vollkommen gleiche Parteistellung erhält, daß die Rechte des Inquisitionsprozesses reiflos beseitigt, daß der Richter nur zur urteilenden Tätigkeit in der Hauptverhandlung berufen wird.

Das notwendige Vertrauen in die richterliche Tätigkeit hängt vor allem von der Ergänzung der Richterchaft durch Angehörige der unteren sozialen Klasse der Gesellschaft ab.

Nun erörtert Dr. Graf den Bericht der

Kommission für das Gesundheitsprogramm:

Zu allen Erfurter Programmpunkte die Gesundheitsfrage nur eine untergeordnete Rolle. Heute zwingt uns aber die schwere gesundheitliche Zerrüttung, die der Krieg und die Teuerung gebracht hat, auch zu den gesundheitlichen Fragen eine klare Stellung zu nehmen. Im Erfurter Programm wurde lediglich die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfe und der Heilmittel gefordert. Aber die Unentgeltlichkeit ist keineswegs ein ausreichendes Mittel. An die Stelle der Forderung der Unentgeltlichkeit muß die Forderung der Sozialisierung des gesamten Gesundheitswesens treten. Es muß eine bessere Verteilung der Zahl der Ärzte auf Stadt und Land Platz greifen. Es gibt manche gesundheitliche Fragen, die nicht in ein Parteiprogramm gehören, solange sie nicht wissenschaftlich geklärt sind, als Alkohol, Prostitution usw. Aber man kann sie im Sinne einer sozialistischen Auffassung mitbesprechen.

In der Abstimmung wird die vom Sachverständigen-Ausschuß beantragte Entschließung einstimmig angenommen. In dieser Entschließung heißt es:

„Dem Erfurter Programm der Sozialdemokratie ist folgender die gesundheitlichen Fragen umfassender Nachahmung über Gesundheitspflege einzufügen:

Übernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeinbetrieb. Vereinheitlichung des sozialen Versicherungswesens und dessen Ausdehnung auf alle Volksgenossen. Planmäßige Verteilung aller der Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen auf Stadt und Land. Ausbau der Krankenanstalten und aller gesundheitlichen Heil- und Fürsorgeeinrichtungen, Elternberatungsstellen zwecks Heranbildung eines an Körper und Geist gebundenen Nachwuchses, Eingliederung der verlassenen, Verwundeten und des übrigen Heil- und Gesundheitswesens. Gemeinwirtschaftlicher Betrieb der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Betriebes von Heilmitteln und Sanitätswaren. Durchgreifende Gewerbehygiene und Unfallverhütung unter Erweiterung der ärztlichen Mitarbeit. Regelung der Irren- und Minderwertigen-Fürsorge. Zerstaltung Gesundheitsdienst in Stadt und Land durch von den Selbstverwaltungsförnern gewählte Amtsärzte. Abfassung des gesamten Gesundheitsdienstes in einer Reichszentralbehörde für Volksgesundheit, soziale Versicherung und Bevölkerungspolitik.

Die Anträge, die sich mit der Wahl des Dries beschäftigen, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, wurden sämtlich dem Parteivorstand und dem Parteivorstand überwiegen.

Darauf gibt Genosse Wels das Resultat der Wahlen zum Parteivorstand und der Kontrollkommission bekannt: Es sind gewählt worden: Zu Vorsitzenden Hermann Müller mit 322 Stimmen, und Otto Wels mit 312 Stimmen; zu Kassierern Friedrich Bartels (322 Stimmen), Otto Weitzel (321), zu Sekretären Dr. Adolf Braun (259), Frau Juchacz (318), Frau Krüger (300), Hermann Wolfenbühl (324), Wilhelm Kufnauer (324), zu Beisitzern Richard Fischer (321), Otto Franz (318), Karl Silbenbrand (316), Adolf Ritter (313), Efriede Ryned (318), Heinrich Schulz (316).

Für die Wahl zur Kontrollkommission wurden 319 Stimmen abgegeben, wovon 21 ungültig waren. Es wurden gewählt: Frau Hannover (233), Leche-Wroslau (221), Brühne-Frankfurt a. M. (216), Senasbach-Wöl (209), Müller-Lichtenberg (158), Schupfeler-Hamburg (163), Fischer-Sulthart (134) und Frau Nürnberg (123).

Damit ist die Tagesordnung des Parteitags erledigt und Vorstand Wels hält nun das Schlußwort. Er dankt zunächst unter lebhafter Zustimmung des ganzen Parteitags den Augsburger Parteigenossen. Der Ernst und die Sachlichkeit der De-

haben gezeigt, daß sich die Partei der Größe der Verantwortung bewußt ist, die ihr auferlegt ist. Der Höhepunkt des Parteitage drückte sich in der einmütigen Forderung aus:

Schutz der Republik.

Die Republik ist das, was uns von den Erregenschaften der Revolution das Höchste ist. Auf dem Boden der Republik ist es uns durch Agitations- und Organisationsfähigkeit möglich, den Staat nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zu beherrschen. Auch die Parteigenossen waren der Überzeugung, daß die Notwendigkeit zur Einigung so stark sei, daß die Feinde, die gegen die Republik und ihre Entfaltung ansetzen, so zahlreich sind, daß darüber nicht mehr geredet werden dürfe, daß jede Möglichkeit zur politischen Machterweiterung ausgenutzt werden müsse. Auch die geeinte Partei hat unehrer Aufgaben zu erfüllen. Der Krieg hat den Kapitalismus nicht getötet, der Krieg hat aber eine neue imperialistische Ära eingeleitet. Wir werden aber unsere Taktik genau nach unseren nationalen und internationalen Kräften abpassen. Wir wollen aber nach Nürnberg von Augsburg her mitbringen die strenge Sachlichkeit und den freundschaftlichen Geist, der uns begleitet und den wir weiter pflegen wollen.

Was vor uns steht, ist ein Winter der Not. Ein Winter ohne Achte, ohne genügende Kleider und Schuhe, ohne Fleisch und mit überdreuem Brot.

Es wird die schwerste Belastungsprobe für unser Volk und unsere Partei bringen.

(Zustimmung.) Wir werden fest sein müssen, um das alles zu überleben, wir werden den Bestehenden unerbittlich die Volkssolidarität entgegenstellen müssen. Denn es wäre unerträglich, wenn der eine schlemt und der andere hungert und der Schlemmer noch ohnedies sich als guter Deutscher zu brüsten in der Lage wäre. (Lebh. Zustimmung.) Wir werden hinausgehen und alle Entbehrten sammeln zum gemeinsamen Kampfe gegen ihre Unterdrücker, sammeln unter dem Banner der Menschheit, das bald wieder wehen möge über der geschlossenen Partei, aller bereit, die sich zur Demokratie und zum Sozialismus bekennen. Dem Sozialismus gehört die Zukunft, dem Sozialismus gehört die Welt! Stimmen Sie in diesem Sinne mit mir ein in den Ruf: Es lebe die einigte, die internationale, völkerverbindende Sozialdemokratie!

Die Delegierten stimmten in das Hoch auf die Sozialdemokratie mit der größten Begeisterung ein.

Vorsitzender Wels schloß um 5 Uhr den Parteitag.

Die Delegierten sangen das Lied: Auf, Sozialisten schließt die Reihen!

Vom Gerner Parteitag der USP.

Ueber die Einigungsdebatten auf dem Parteitage der USP tragen wir zu den schon gegebenen Mitteilungen aus unserem eigenen Bericht noch einiges nach. Unsere Genossen werden mit Interesse und gebotenerm Ernst von dem Bericht Kenntnis nehmen.

Die Freiheitsbewegung begann mit dem Referat Crispian. Er behauptete, daß die Politik der SPD und USP seit längerer Zeit vollkommen die gleiche sei und keinerlei Unterschiede aufweisen beständen. Der größte Teil seines Referats war dem Nachweis gewidmet, daß durch allgemeine Regeln die Frage der tatsächlichen politischen Politik nicht gelöst werden könne und daß es eine programmatische Bindung der Taktik der sozialistischen Arbeiterparteien überhaupt nicht gebe. Insbesondere beschäftigte sich Crispian mit der Frage des Zusammenwirkens mit den bürgerlichen Parteien, und er betonte, wiederholt mit höchstem Nachdruck, daß ein grundsätzliches Verbot eines solchen Zusammengehens auf alle Fälle niemals von der Unabhängigen Partei ausgesprochen werden sei.

Dr. Rosenfeld hielt dem Referenten entgegen, daß man es vor Tisch anders gesehen habe.

Crispian erwiderte darauf ziemlich erregt, es sei ärmlich, Kenne-neren, die man in einer bestimmten Situation getan habe, in einer ganz anderen Situation ins Feld zu führen. Dann erklärte Crispian rund heraus, daß die Unabhängige Partei sowohl und überzeugt die Regierung Wirth schon seit längerer Zeit unterstützt habe, um ihre Ablösung durch eine reaktionäre Regierung zu verhindern. Crispian erklärt weiter, daß sowohl die programmatische, wie die organisatorischen Grundlagen der Einigung durchaus tragfähig seien. Mit den Kommunisten sei die Einigung leichter unmöglich. Zwischen Sozialdemokraten und Volkswirten gebe es keinen Mittelweg. Die Einigung muß mit einem freundschaftlichen „Ja“ beantwortet werden.

Als zweites Referat ergreift das Wort Georg Ledebour. Er führt aus, daß die rechtssozialistische Partei mißfällig daran sei, daß die Revolution nur eine schwarz-rot-goldene Republik gebracht habe. (Zustimmung.) Wir müssen aber ehrlich sein und auch zugeben, daß Dummheiten der USP in der Revolutionszeit daran schuld sind. Crispian hat früher den Schwere der Sozialdemokratischen Partei an der Revolution festgehalten. Das ist ein historisches Urteil, das für jetzt preisgegeben. (Widerspruch der Mehrheit.) Wenn Ihr es nicht preisgibt, dann müßt Ihr es weiter gelten lassen. (Erneuter Widerspruch.) Nach Crispian soll die Vereinigung nur von unten aus auf dem Boden der Revolution vollzogen werden können, also nicht durch opportunistische Zedelmittel. (Geheul.) Unser Eintritt in die Regierungskoalition wäre ein Bruch mit unseren früheren Beschlüssen. Gegenüber den Verschmelzungssapoteuren muß ich den Leipziger Parteitag beschuldigen. Die schlaunen Rechtssozialisten haben uns allerdings nach unserer Vereinfachungsentscheidung, an der Koalition mitzuwirken, auf den Knien gesetzt.

Ledebour führt weiter aus: Die Unrichtigkeit der Behauptung, daß die Masse der USP die Verschmelzung mit der SPD wolle ergebe sich daraus, daß an der Delegiertenwahl zum Parteitag nur 20 bis 30 Prozent der Parteimitglieder teilgenommen hätten. Ledebour unterbreitet eine lange Resolution, die sowohl die SPD, wie auch die USP, in ihrer heutigen Verfassung als nicht vereinigungsfähig bezeichnet und daher den Weiterbestand der USP als sozialrevolutionäre Partei fordert. Im Anschluß an die Verlesung dieser Resolution macht Ledebour noch weitere Ausführungen, bei denen es zu lebhaften Zwischenrufen kommt. Schließlich erklärt Ledebour, daß in der Sozialdemokratischen Partei, die sich nicht wesentlich geändert habe, immer Personen in leitender Stellung seien, die unerschütterliche Taten gegen das Proletariat begangen hätten. Als er das mit scharfem Tonfall vorliest, rief ihm der unabhängige Reichstagsabgeordnete Karsen unter lebhafter Zustimmung der Mehrheit zu, er mache Theater. Es kommt dann noch weiter zu lebhaften Szenen. Ledebour schließt unter dem Beifall seiner Anhänger.

In der Nachmittagsitzung beginnt die Diskussion über die beiden Referate, die sich oft sehr hitzig gestalten. Zunächst spricht

Dihmann. Er sagt, es müsse jetzt gelingen, die Arbeiterklasse vorwärts zu treiben oder die Enttäuschung der Massen werde so groß sein, daß eine Katastrophe nicht zu vermeiden sei. Crispian's Ausführungen hätten so gelungen, als habe er nicht die USP, sondern die SPD, verteidigt. Wie machen den Vereinigungsprozeß mit, aber ich erkläre, wenn wir mit der SPD eine Einigung finden können, dann schluß ich auch die Kommunisten mit Haut und Haaren.

Zusatz-Berlin: Nur wenige Stunden trennen uns von dem Ergebnis der USP, dem am Sonntag in Nürnberg die Verbrennung folgen wird. Das Aktionsprogramm bedeutet für uns nichts anderes als: früh Vogel oder früh! Ueber Crispian's Rede war ich entsetzt. Auch in der neuen Partei werden bald die Kämpfe entbrennen, aber trotzdem gehe ich mit zu ihm hinüber. Dihmann bringt folgenden Antrag ein:

Der Parteitag erklärt: Die organische Verschmelzung der sozialistischen Parteien bedeutet nicht die Aufgabe der Gesichtspunkte und Auffassungen, von denen wir uns bisher haben leiten lassen. Er ist sich bewußt, daß allein diese Politik imstande ist, das weitere Ziel der bisherigen Politik der USP durch die Einigung aller proletarischen Parteien zu erreichen.

In dieser Erkenntnis betont der Parteitag erneut, daß die Politik der Koalition mit den bürgerlichen Parteien der Einigung der Arbeiterparteien bisher am meisten hindernd im Wege stand, daß sie dem Proletariat keinen Vorteil, sondern Schaden gebracht, daß die tiefen Enttäuschungen in die Reihen der Proletarier und daß sie um geringer Vorteile willen das dauernde Interesse des Proletariats in Gefahr gebracht hat. Von diesem Gesichtspunkt aus erklären die Delegierten des Parteitages, daß sie auch in der neuen Partei zur Koalitionspolitik im Sinne des Leipziger Manifestes der USP und im Geiste der Beschlüsse des Leipziger Parteitages vom Januar 1922 wirken werden.

Toni Sembr trägt Bedenken gegen die Durchführung der Einigung vor. Wenn wir in Zukunft nicht erst sozialistische Politik in der Partei treiben sollen, dann wollen wir uns unseren Entschluß lieber einmütig überlegen.

Rosenfeld spricht noch einmal von einem Referat, den die SPD an der Arbeiterschaft begangen habe, daß die USP in eine Partei eintreten solle, die mit Sinnes Politik mache.

Dr. Breitfeld: Wir haben nicht die Sünden der SPD vergessen. Wir stehen treu zur Politik, die wir betreiben haben. Wenn in Augsburg gesagt worden ist, das Geklärt Programm stehe der Einigung nicht im Wege, dann können wir sagen: das Leipziger Manifest wird der Einigung ebenso wenig im Wege sein.

Ueber den Schluß des USP-Parteitages wird noch berichtet: Bei der Abstimmung entschieden sich 7 Genossen für die Entschließung Ledebours.

Der Antrag Crispian auf Anerkennung der Einigung auf Grundlage des Aktionsprogramms fand gegen 9 Stimmen Annahme.

Genosse Dihmann verzichtete auf die Abstimmung über seine Entschließung, erklärte jedoch im Namen der 106 Genossen, die diese Entschließung unterzeichneten, daß in der neuen Partei in ihrem Sinne gearbeitet werden solle.

Genosse Rosenfeld gab die Erklärung ab, daß er nicht mit dem Genossen Ledebour beiseite stehen werde.

Genosse Crispian schloß den Parteitag mit dem Rufe: „Es lebe der alte Kampfgeist der USP in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei!“

Gemeindepolitik

SD. Dresden, 20. Sept. Da die Reichsbank nicht in der Lage ist, Dresden mit dem nötigen Krongeld für die Gehalts- und Lohnzahlungen zu versehen und in absehbarer Zeit auch auf Abhilfe nicht gerechnet werden kann, sieht sich die Stadtverwaltung veranlaßt, wiederum den Weg zur Ausgabe von Reichsbanknoten zu beschreiten. Wie wir hören ist geplant, 100 Millionen Reichsbanknoten in 500 K. Scheinen herauszugeben. Die Genehmigung der Ausgabe dieses Krongeldes wird vom Reichsbankministerium bestimmt in Aussicht gestellt. (Auch die Stadt Karlsruhe wird wieder Krongeld herausgeben bis zum Betrage von 130 Millionen Mark.)

Gerichtszeitung

* Ein Minister-Versammler. Wie der „Bad. Beobachter“ meldet, fand im Amtsgericht Karlsruhe am Donnerstag eine Verhandlung gegen den Wirtschaftler Gotthard Wedler statt wegen Verleumdung des Herrn Finanzministers Köhler. Am Laufe eines Gesprächs über seine schlechten Wohnungsverhältnisse machte Wedler auf der Straßenbahn anderen Mitfahrern gegenüber folgende Äußerung: „Die ganze Spitzbuberei kommt von dem Finanzminister Köhler, den der Teufel holt!“ Staatsrat Rechtsanwalt W a r u m, der als Nebenkläger auftrat, brandmarkte die Art dieser leichtfertigen Redensart, ebenso verurteilte der Herr Staatsanwalt in seinem Vorwort diese verächtliche Art der Verleumdung. Man möchte dem Angeklagten mildernde Umstände zubilligen, da er an Malaria erkrankt war, sowie seine Familie infolge der unrichtigen Wohnungsverhältnisse erkrankte. Doch muß auf eine exemplarische Strafe für seine leichtfertige Beschuldigung erkannt werden, da Herr Finanzminister Köhler mit dieser Sache nichts zu tun hatte. Von einer Freiheitsstrafe wurde abgesehen und der Angeklagte zu 4500 M. Geldstrafe verurteilt.

Der badisch-pfälzische Volkstag

Solche Feste wie das am gestrigen Sonntag das, soll, ja auch man feiern! Das war ein Volksfest im wahren Sinne des Wortes. Niemanden zu Ehren, keinem Fürsten, keinem silbernen oder goldenen Jubiläum, keinem Sport-, Gesang- oder sonstigen Vereine, einfach ein Fest, das das Volk sich gab, dem Volk selbst zu Ehren. Aber über ein Fest hinaus eine Veranstaltung von hoher politischer, kultureller und wirtschaftlicher Bedeutung. Ein süddeutscher Volkstag, in dem sich die badischen Stämme, die Pfälzer rechts des Rheins, die Hanauer, die Alemannen des badischen Nordens zusammenfanden mit den badenwürttembergischen, mit den Volksgenossen von der Saar, den Württembergern und dem deutschen Elb-Donnerstag. Die durch fremde Befehle und Unterdrückung seitens der Willkür und Unterdrückung seitens der Willkür einen Tag vorüber in das badische Land, wo sie frei atmen, frei sich ausdrücken durften, in die freie Luft ihrer Woch auch unter der wirtschaftlichen Not leidenden, aber doch vor der Qual des Druces einer feindselig gestimmten Soldateska beruhigten deutscher Landleute. Und sie wurden mit offenen Armen aufgenommen. Die Beziehungen Karlsruhe zur Pfalz und zum Saarland waren bisher nur sehr lose. Es fehlte die wirtschaftliche, gesellschaftliche und auch persönliche Verbindungen, wie sie etwa zwischen Mannheim und der Rheinpfalz bestehen. Der alemannisch-pfälzische Sonntag bildete nun einen verheißungsvollen Anfang zu einer kommenden wirtschaftlichen und kulturellen Verbindung auch zwischen Karlsruhe und der Pfalz und dem Saargebiet. Die gemeinsame Wort hat das Band geknüpft. Die Pfälzer und Saarbewohner wissen, daß ihre Brüder rechts des Rheins sie nicht vergessen haben, sie nicht verlassen werden, daß Baden, die ganze süddeutsche Reichsgrenze mit untrüger Teilnahme ihre härtere Geschick verfolgt und es mit ihnen trägt, daß wir ihnen helfen, sie unterstützen in ihrem Kampfe um ihr Deutschtum, um ihre Freiheit. Pfalz und Saar-Deutsch immerdar! So hieß es auf den Tafeln des Festgutes, so schallte es aus den Reihen der Tausende Pfälzer und Saarländer. Der Volkstag am Sonntag, die Aufnahme in Karlsruhe der Landbesitzer von „Ueberm Rhein“ die Kraft und den Mut geben, dies Ergebnis ihres deutschen Volkstums durchzuführen bis zum Tage der Befreiung. Dann wird ein Fest in der Pfalz gefeiert werden, das selbst den alemannisch-pfälzischen Sonntag in Schatten stellen wird!

Der Sonntag stand trotz der vielen sonstigen Veranstaltungungen der Herbstwoche, ganz im Zeichen des badisch-pfälzischen Volkstages. Der Jubel von der Stadt war von den frühen Morgenstunden an ein ganz ungeheurer. Zunächst natürlich aus der näheren Umgebung von Karlsruhe selbst, dann aber auch aus den entfernteren badischen Landesteilen, aus dem Unterland wie aus dem Oberland, ebenso aus dem württembergischen. Gemähtig war die Teilnahme der Pfälzer und des Saargebietes. Schon am Samstag war ein Sonderzug mit Tausendern aus dem Saargebiet gekommen und am Sonntag waren es unübersehbare Scharen, die aus dem Pfälzerlande und aus der Saar in Karlsruhe sich einfanden. Damit war der Zweck des Tages schon voll erreicht, konnte das Fest schon als gelungen betrachtet werden, selbst dem ansehnlichsten Wetter, das sich aber dennoch auf hielt, am Trobe. Ein riesiger Menschenstrom wälzte sich durch die Straßen der Stadt, umsäumte wie eine dicke Mauer von 11 Uhr ab die Straßen, als die erste Veranstaltung des Tages ihren Anfang nahm.

Der große Festzug

Dieser Festzug läßt sich nur vergleichen mit den größten Veranstaltungungen dieser Art in früherer Zeit. Er war in seiner ganzen Ausdehnung und Anlage ebenso eigenartig wie schön, voll Farbe, Braut und Glanz. Pfälzer Humor, der ja glücklicherweise trotz Verdrängung noch nicht aufgegeben ist, verleiht sich mit der Heftigkeit des Schwarzweider Bauern, mit dem künstlerischen Geschma und Verständnis der Karlsruher Vereine zu einem Ganzen, das schließlich prachtvoll, vollendet genannt zu werden verdient. Es ist unmöglich, jede einzelne der

unzähligen Gruppen anzuführen, die in ihrer künstlerischen Zusammenstellung in der humorvollen Verkleidung der Ideen in der gelungenen Aufmachung hellste Begeisterung und jubelnde Zustimmung auslösten. Der Zug umfaßte nicht weniger denn 38 Mannschaften, mögen es uns die eingehendsten Mitwirkenden, die Schützen, Schwimmer, Radfahrer, Regler, Metzger, Bäcker usw. nicht verzeihen, wenn wir ihrer prächtigen Reifungen nur summarisch gedenken, und nur aus der Reihe der ausweichigen Gänge einige besonders hervorheben. Da sei zunächst der folgende Viererzug der Hanauer Bauern genannt, dann das Meisterstück des Juges, „Der Werdegang des Weines“, gestellt von der Ortsgruppe St. Martin des pfälzer Waldvereins; das war eine Gesamtaufgabe des Pfälzer Wäges und Humors in gediegener Uebersicht. Preisgebild verteilten die St. Martin ihre mitgebrachten großen Traubenkörbe und die Kostprobe aus ihren Weinfaßern. Von Reubau wurde eine Gruppe „Altpfälzer Länger“ gestellt; allig waren „die 7 Schwaben“ des Schwäbischen Altvereins. Dem Weine gewidmet waren die „Straußwirtschaft“ der Pfälzer von Reubau, „Die Traubenlese“ von Althof, die „Vaduzgruppe“ des Karlsruher Vereins der Rheinpfälzer, die auch einen prächtigen Jagdzug, „Der Jäger aus Kurpfalz“ stellten. Von Wehler kam eine „Altpfälzische Kunst- (Sittm-)Gruppe“, farbenprächtig war die Schwarzweider Traubengruppe in ihren schönen, farbenfrohen Kleidern und ihrem originellen, tumulösen Stoffschmuck. Die Elb-Donnerstag hatten ebenfalls einen schönen Wagen mit schmunzlenden Kaffertinnen. Den Schluß bildeten die echten „Pfälzer Spezialitäten“, „Dermesener Schweißschäppe“, „Wöhlmeyer Schützen“, „Rombeger Verschäppemacher“, „Kardner Quetschschäppe“, „Eufersholzer Jägerzug“ und der berühmte „Vampredator Wad“. In diesen Gruppen konnte sich der Pfälzer Humor in seiner ganzen freien Freiheit und seiner harmonischen Verbundenheit äußern. Überall wurde der Zug von den Tausenden der Zuschauer aufs herzlichste begrüßt, besonders freudig und herzlich bei der Begrüßung der Saarländer, Bergler und der Elb-Donnerstager. Am Schluß fan der Zug eine eine einständige Ueberbreitung, die Gruppen hatten sich auf den Wegen vor dem Schloße aufgestellt, die Pfälzer und Saarländer Vereine nahmen unmittelbar vor dem Schloßingang Aufstellung, es folgte der

Festakt

Umrahmt von Ueberbräutungen der Karlsruher Sängervereinigung unter Herrn Cosimius Leitung und Musikvortrügen der Harmoniekapelle unter Herrn Ludolf's Führung hielten der Staatspräsident Dr. Hummel, sowie ein Vertreter der Pfalz und ein Vertreter des Saargebietes Ansprachen, in denen sie auf die Beziehungen zwischen der Pfalz, dem Saargebiet und den süddeutschen Nachbarländern hinwiesen. Herr Staatspräsident Dr. Hummel führte aus: Mancher Festzug hat sich vor diesem Schloß in der Geschichte des letzten Jahrhunderts vorüberbewegt, aber diese Festzüge waren zu Ehren anderer. Heute will das Volk sich selbst ehren in einem Festzuge im Gedenken an die Verstorbenen unserer ehemaligen Feinde. Sie wollen das deutsche Volk, die deutsche Kultur und die deutsche Wirtschaft auslösen aus der Geschichte und so stelle sich das deutsche Volk heiligher hin und laßt ihnen: Hier bin ich und hier will ich stehen bleiben! (Beifall.) Und so heisse ich Euch alle, Ihr lieben Saarländer, die Ihr herbeigeeilt seid, um unter uns zu weilen, herzlich willkommen. In Treue gedenken wir Euch Ihr lieben Pfälzer und Nachbarn über dem Rhein, mit denen wir in so vielen freundschaftlichen Beziehungen stehen, und die Sassen, und die Schwaben und die lieben Landbesitzer aus allen Ecken des badischen Volkes, sie alles grüße ich im Namen des Landes als sein erwählter Vertreter. Der Reichspräsident und der Reichskanzler haben mich erucht, Ihnen auch ihre Grüße zu übermitteln (Beifall) und ihnen schließen sich an in warmem Gedenken die bayerischen und württembergischen Ministerpräsidenten, der hessische Staatspräsident. Es ist ein vielfältig Volk, das deutsche Volk, und wenn wir erlebt haben, daß die deutschen Stämme manchmal unzeitig und in trügerischer Verfassung auseinandergebrochen haben, so ist dies auf die Biegsamkeit der deutschen Stämme zurückzuführen. Wir wollen die Hoffnung hegen, daß die Niederlage, die wir in dem großen Weltkriege erlitten haben, uns für immer zu einem einzigen Volk gemacht hat (Lob, Beifall). Möge das gemeinsame Angest die deutschen Stämme und Völker für ewig in Freundschaft zu-

kommenstlichen. Ein Blut eine Seele, ein Volk! Ganz auf sich gestellt, hat das deutsche Volk seine Geschichte in die Hand genommen. Unsere Herzen klingen aufzusuchen in den Gedanken an das Vaterland. Ihm seien alle unsere Kräfte gewidmet, ihm alle unsere Arbeit! Unser liebes deutsches Vaterland, es lebe hoch! Die Menge sang sodann gemeinsam die Vaterlands-Hymne: Deutschland, Deutschland über Alles!

Als Vertreter des Hauptverbandes des Pfälzer Waldvereins sprach darauf Dr. Pfeiffer herzlichen Dank aus im Namen aller Pfälzer, die heute in Karlsruhe zu Gast seien. Redner sprach in herzlichen Worten über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Baden und der Pfalz und brachte ein begeistertes Aufgenommenes Hoch auf die Stadt Karlsruhe und das badische Land aus.

Namens der Saarländer sprach Herr Bauer den Dank aus. Die Beziehungen zwischen dem Saarland und Baden seien von jeher enge gewesen und müßten jetzt, wo die Pfalz Grenzland geworden sei, noch enger werden. Redner schloß: Namens der Saarländer habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir, komme, was kommen mag, treue Deutsche sind. Wir sind deutsch und bleiben deutsch (Sechshundert, anhaltender Beifall).

Nach dem Begrüßungsakte folgte die Zug wieder in Bewegung durch die reich mit den badiischen und rheinischen beflaggten Straßen über den Marktplatz zur Festhalle, wo er sich auflöste. Über den Zug, seine Zusammenziehung und seinen Verlauf, herrschte nur eine Stimme des Lobes und der Anerkennung. Der Verkehrsverein als Veranstalter des Tages hat sich damit ein großes und bedeutendes Verdienst erworben.

Herzlich Pfalz, Gott erhalt's

Der gewaltige Andrang der Festteilnehmer machte es unmöglich, die in der Festhalle geplanten Veranstaltungen gemeinsam abzuhalten; es mußte eine Trennung der Stämme vorgenommen werden. Der Nachmittag war den Pfälzern und Saarländern gewidmet, veranstaltet vom Verkehrsverein, dem Pfälzer Waldverein, Ortsgruppe Karlsruhe und dem Verein der Rheinpfälzer in Karlsruhe. Nebenstehend herzlich und brüderlich, wie alle anderen Veranstaltungen dieses nationalen Festtages, war auch dieser Pfälzer Nachmittag. Die Festhalle war dicht besetzt. Das überaus reiche und glänzende Programm brachte eingangs eine feine, zündende, das Deutschland und die Zusammengehörigkeit der Deutschen links und rechts des Rheins feiernde Begrüßungsansprache unseres Oberbürgermeisters Dr. Jünger. Aber der Stimmungsvolle und wohl für jeden Deutschen schönste Moment konzentrierte sich in den Schlussworten eines der vielen Pfälzer, der der Stadt Karlsruhe den Dank für den überaus herzlichen Empfang abtrotzte, indem er sagte: „Pfalz und Saar, es bleibe wie es war, treudeutsch, immerdar.“ In Erkenntnis des richtigen Moments intonierte die Harmonie-Kapelle das „Deutschland-Lied“, das die zahlreichen Anwesenden lebend und aus vollem Herzen mitfingen. Neben der Harmonie-Kapelle unter Meister Rudolphs Leitung — von den Musikstücken seien der hundert Variationen über das Lied „Ein Jäger aus Kurpfalz“ von Voeltge-Mohr besonders hervorgehoben —, wirkte auch der Chor des Karlsruher Vereins der Frauen, unter Leitung von Herrn Kapellmeister H. G. S. mit, unter Begleitung des verdienten Beifalls. Unmöglich die vielen der gemeinnütigen Sache dienenden Vorträge einzeln zu erwähnen; so konnte man sich neben den lustigen, also erst „pölschen“ Dialekt-Dichtungen des August Herrich aus Wellheim, auch der hirschtenden Kunst einiger Mitglieder unseres hiesigen Landes-Theaters erfreuen, es seien die Damen Lisa Jahn, Hedwig Herrmann, die Herren Hugo Höder und Otto Kienigser erwähnt. Pfälzische Volkslieder zur Laute sang wirkungsvoll Herr Karlheinz Bögel; nicht minder gut gefiel Herr Fritz Komro mit seinen Dichtungen in Karlsruher Mundart. Einfach und schlicht, mit einem Wort gesagt, deutsch waren die Vorträge in Originalsprache und auch die Pfälzer Waldvereins, die begeisterte Aufnahme fanden. Das gemeinsame Pfälzer Lied „Pfalz und Saar“ schloß den Nachmittag ab. Der Tag war ein Tag der Erinnerung an die Vergangenheit und der Hoffnung auf die Zukunft.

Ein Herbsttag an der Gardt

Am 18. eine Kope derselben ging in Stadtgarten von 4-5 Uhr vor sich. Das hierbei der Pfälzer, Damar und auch pfälzische Sitten an ihrem Rechte festzuhalten und sich selbst. Und der Wunsch, es wäre das ein Gewinn von Menschen in unserem prächtigen Volksgarten, mehr Menschen von Städtern und Bürgern. Nicht weniger wie 50-60 000 Besucher gäbe ein vorzüglicher Schöpfer, der es ziemlich sicher wissen muß. Und alle passierten reibungslos die Eingangsporten, keine Störung war zu erblicken. Eine organisatorische Musterarbeit von Stadtgartenleiter Herr W. W. und seinem Mitarbeiter Herr W. W., die Pfälzer, besonders aber auch aus dem Pfälzer Wald, der über den Pfalz und dem Saarland, geben ihre Bewunderung über dieses schöne Fleckchen Karlsruher Erde Ausdruck und freuten sich über das, was geniale Hände geschaffen, das und die Natur verleihe. Für musikalische Unterhaltung sorgte das Orchester des Musikvereins Karlsruhe unter der umsichtigen Leitung seines Dirigenten O. W. W. W. W. Wohl verdiente Beifallsstürme überfluteten die Künstler, doch sie sich zu Dringenden verschieben mußte. Und nun kam die allzeit beliebte „Verherrlichung des hiesigen Badener Beckens“ an die Reihe, ein recht origineller Akt! Pfälzer und Nichtpfälzer zeigten ihr großes Interesse daran und man hörte durchweg, daß es so zugegangen sei, wie es in Badener Becken selbst zugehe. Die Verherrlichung geschah zwar nach amerikanischer Art, jedoch der letzte Bieter für 20 M. sein Wörtchen hatte. Mit Eintritt der Dunkelheit führen mit grünen und roten Lampen verlichte Boote auf dem See umher und die Mitglieder des Vergaber Waldvereins brachen auf, um die Jagd auf die „Wühler“ zu machen. Wenn nämlich ein kalter Winter herrscht und die Wühler-Vögel aus Norddeutschland nach der mit Buchenmal gezeichneten Vergaberer Gegen ziehen, bewegen sich heute noch viele Wühler, mit Pfaden und langen hölzernen Stöcken (wie Holzstöcken) versehen bei Nacht auf die Jagd nach den Wühler. Durch das Licht werden die Vögel geblendet und die durch das Rohr gesteuerten Schusslöcher können sie — soweit sie getroffen werden. Wühler-Vögel gab es zwar keine im Stadtgarten, dafür aber als Ersatz elektrische Glühbirnen — natürlich keine brennenden —, die jedoch mit bewundernswürdiger Treffsicherheit heruntergeschossen wurden. Diese originelle Vorführung fand ein großes schaulustiges Publikum.

Am südlichen Teil des Gartens fand von 4 Uhr ab ein herzlich willkommen den Pfälzern und Alemannen“ statt. Die Danauer Musikkapelle aus Rehl, die sich in der Danauer Tracht befand, konzertierte hier und zwar so ausgezeichnet, daß das beifallsfreudige Publikum immer noch weitere Zugaben verlangte. Der „Ledertranz“ gab stilles Proben aus seinem Gesangsrepertoire. Bei weiteren Vorträgen und Aufführungen verschiedener Art, wobei der pfälzische alemannische Humor und das deutsche Stammbewußtsein voll zur Geltung kamen, betranken die Stunden zu rasch. Auch die Stadtgartenverwaltung verließ die Sten.

Der Abend der Alemannen

Walt der Nachmittag den Gästen aus der Pfalz und von der Saar, so war der Abend wieder den Gästen aus der engeren, badiischen, Heimat gewidmet, den Landleuten aus dem Schwarz-

wald, von der Saar und aus dem Neckargebiet. Ein prächtiger Heimatabend, der stoffliche Proben alemannischer Volkskunst und Dichtung brachte. Herr Rudolph mit seiner Damar-Kapelle bestritt den musikalischen Teil, der „Ledertranz“ lang meisterlich alemannische Lieder, Frau Elsa Schöpflin trug einfach und schlicht alemannische Gedichte vor. Herr August Garter gefellte sich mit einigen humorvollen alemannischen Gedichten erfolgreich zu ihr. In einer gemüt- und geistvollen Ansprache schilderte Herr Maxer die Bedeutung des alemannischen Landes, den Alemannen, den „Höllentären“, den „Himmelreibern“, den hohen Bergen, von den Törfern und Städen, von den Frauen und den Mädchen, und schließlich von der Alemannenzeit. Und in der von ihm verfassten Dichtung „Die Trambühne“ gab Herr Garter ein anschauliches Bild des alemannischen Volkslebens; nur schade, daß die Dichtung zu lang geraten ist und dadurch ein gut Teil ihrer Wirkung einbüßte. Die Darsteller und Darstellerinnen waren weder bei der Sache und erzielten herzliche Anerkennung. Das Beste am Abend waren wohl die Bilder aus dem alemannischen Volksleben: ein Hochzeitszug in altpfälzischer Schwarzwälder Tracht unter Vorantritt einer Original-Schwarzwälder Bauernkapelle mit Brautjungfer und Gefolge von Volksliedern zeigte all den Profanen die bunte Farbenpracht, den Krust und die bodenständigen Eigenarten der Schwarzwälder Bauernfamilie; ein gelungener Zug war weiter der Hühnerhändler aus St. Georgen und der Schwarzwälder Spagmader. — Mit diesem Abend fand der Volkstag einen gelungenen, schönen Abschluß.

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 25. September

Geschichtskalender

25. Sept. 1555 Abzug des Augsburger Religionsfriedens. — 1876 1. Der Kaiser Adolf Wilhelm in Berlin. — 1920 Interstaatliche Finanzkonferenz in Brüssel.

Karlsruher Parteineurichten

Bezirksversammlungen des Sozialdem. Vereins

Am kommenden Mittwoch, 27. Sept., abends 8 Uhr, finden in nachfolgenden Bezirken Versammlungen statt:

Mittstadt: Im „Goldenen Hock“, Steinstraße 4. Thema: „Das städtische Fürsorgewesen“. Referent: Gen. Stadtrat Schwarz.

Weststadt: Im Evangelischen Vereinshaus, Bilderstraße. Thema: „Die Gemeindevahlen“. Referent: Genosse Seiler.

Oststadt: Im „Georg Friedrich“, Thema: „Die Gefährdung des religiösen Schulfriedens durch das Zentrum“. Referent: Gen. Prof. Rothbach.

Mittel- und Südweststadt: Im kleinen Saal der Handelskammer, Karlsruh. 10. Thema: „Die neue Betriebsberechnung“. Referent: Gen. Architekt Siebholz.

Südstadt: Im „Auerhahn“, Thema: „Die Gefährdung des religiösen Schulfriedens durch das Zentrum“. Referent: Gen. Stadtvorstand Prof. Wilhelm.

An den Parteigenossen liegt es nun, für einen zahlreichen Besuch der Versammlungen zu agitieren. Besonders gilt es, auch die Frauen in die Versammlungen mitzunehmen, den bei ihnen ist Auffklärung doppelt notwendig. Am Mittwoch muß also die Parole aller Genossen und Genossinnen lauten: **Auf in die Bezirksversammlungen!**

Karlsruher und Durlacher Betriebsräte in der Maschinenbau-Gesellschaft

Am Donnerstag nachmittag wurde mit der Gewerkschaftsleitung vereinbarte Besichtigung hiesiger größerer Industriestablen des Maschinenbaus. Etwa 50 Betriebsräte hatten sich um 2 Uhr in der Maschinenbau-Gesellschaft eingefunden, um den Betrieb in voller Tätigkeit zu sehen. Die Führung übernahmen die Herren Ingenieur Dautenhahn und Bauer; sie erfolgte in zwei Gruppen, damit die eingehenden Erklärungen allen Teilnehmern übermittelt werden konnten. Die Maschinenbau-Gesellschaft beschäftigt zur Zeit etwa 2500 Arbeiter und 450 Beamte, rund 3000 Personen, ist also eine der größten Karlsruher Fabriken. Ihr Lohn- und Gehaltsbedarf ist täglich über 1,9 Millionen Mark. Spezialität ist der Bau von Lokomotiven, welcher ungefähr 60 Prozent ihrer Aufträge ausmacht. Im vorstehenden Zehnteil sei dann jeder zur Reparatur und auch aus Serbien und Rumänien kommen Bestellungen vor. Es werden aber auch Dampf- und Kältemaschinen, sowie Gleisverkehrsmittel und anderes verfertigt. Dazu gehört es außer allem, eines eingearbeiteten Personals und einer geordneten Betriebsführung.

Die Karlsruher und Durlacher Betriebsräte wurden geführt durch die Sekretäre und Formisten, sahen das glänzende, flüssige Gießen wie Wasser aus den Oefen laufen, nahmen die Technik in der Gießerei und bei den Schmelzen wahr und bestaunten die Montagearbeiten im Lokomotivsaal, in welchem man die Aufmontierung der großen Lokomotiven bewundern konnte. Nationale Betriebsführung und Höchstmotivierung der Technik müssen zusammenarbeiten, um die geforderten Arbeitsergebnisse zu erzielen. Ein Wenden zur Unterbringung der Technik und ein sogen. Wohlfahrtsgebäude für Arbeiter und Beamte, um diesen kurzen Aufenthalt und die Einnahme des Effens zu ermöglichen, sind im Bau begriffen. Auch hat es die Karlsruher Betriebsräte Impuls gegeben, daß den Betriebsräten der Maschinenbau-Gesellschaft ein besonderer Raum zu ihren Beratungen eingeräumt ist.

Nach beendeter Führung, die etwa 2 Stunden in Anspruch nahm, wurde den Teilnehmern ein kleiner Anlauf in der Kantine gereicht. Hier nahm Gen. Hof die Gelegenheit wahr, im Auftrage des Generalsekretärs der Parteiführung und den Ingenieuren Bauer und Dautenhahn für die gefasste Besichtigung zu danken und auf den Augen solcher Besichtigungen für die Arbeiterklasse hinzuweisen. Oberingenieur Dautenhahn erwiderte und besag sich auf das gute Verhältnis zwischen den Arbeitern, den Betriebsräten und der Direktion; die Sorge sei die ständige Beschaffung von Aufträgen, die bis jetzt immer gelöst ist. Gen. Landtagsabg. Weismann erinnerte an den von badiischen Landtag genehmigten Vorschlag im Staatsvertrag beim Übergang der badiischen Bahnen an das Reich, daß diejenigen Firmen, welche bisher Befragten der badiischen Eisenbahn waren, vom Reichsbetriebsministerium auch künftig Aufträge zugewiesen bekommen dürfen, damit die badiischen Arbeiter beschäftigt werden können; davon müßte festgehalten werden. — Damit war die interessante Besichtigung der Maschinenbau-Gesellschaft durch die Betriebsräte beendet.

Die Führung früherer Hohelitzzeichen

Anlässlich wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat genehmigt, daß für die Eintragung von Firmenänderungen in das Handelsregister, die zur Besichtigung von Ausdrücken wie „Hohelitz“ und dergleichen notwendig werden, Gebühren nicht erhoben werden. Das Justizministerium hat auf Grund einer gleichzeitig erteilten Ermächtigung den Amtsgerichten die Befugnis erteilt, die in solchen Fällen anzuwendenden

Gebühren niederzuschlagen. Zur Erhebung kommen nur die erwachsenen Auslagen.

Man höre, die Republik ist wirklich lautlos gegenüber den Postleuten. Nun also ran an die Besichtigung des Postleutenmittels im Handelsregister, sie wird sich nicht so förmlich gestalten, wie die feinerzeitige Verleihung des Titels mit dem üblichen Drum und Dran zu stehen gekommen. Wir hoffen, daß auch die Drucker des republikanischen Staatsanzeigers, die G. Braunsche Hofbuchdruckerei von der Coulang der Republik Gebrauch macht, ebenso die „Großherzogliche Majolikamanufaktur“. Ueber letztere wird uns von einem Besucher der Münchener Gewerbeausstellung berichtet, daß auch dort an dem ausgestellten prächtigen Kunst die Firma „Großherzogliche Majolika-Manufaktur Karlsruhe“ prägte und zwar als einzige Firma, die noch ein monarchisches Anhängel hatte. Und dies will im reaktionären Bayern doch viel heißen. Es ist also höchste Zeit, daß das „Großherzogliche“ Anhängel endlich abgestreift wird. Die musterhaften Erzeugnisse der Firma und ihr dadurch erworbenem Ruf werden keinesfalls Schaden erleiden.

Achtung! Betriebsräte!

• Die Besichtigung der Hauptwerkstätte findet morgen, Dienstag mittags 12 Uhr, statt. Sammlung 12 Uhr am Eingang der Hauptwerkstätte in der Wielandstraße.

Wer hat nun recht? Auf die Kritik in Nr. 219 unserer Blätter wegen zu schlechter Entlohnung der Arbeiter im Kaffee-Markt schreibt uns dessen Inhaber, Herr K. K., daß bei ihm die Gegenverhältnisse dieselben sind wie im Kolosseum und daß bei ihm keine Kritik ist, die nur 3850 M. monatlich bezieht. — Wer hat nun recht? Diese Frage aufzuwerfen, halten wir für notwendig, denn nach der Darstellung der Arbeitergewerkschaft sind die Monatsgehälter im Kaffee-Markt folgende (ohne Steuerabzug): 4865 M., 4560 M., 4850 M., 4550 M., sowie eine Kritik 3850 M. Sie werden also von den hiesigen des Kolosseums ab und zwar zumungunsten der Arbeiter. Wer nun die Unmoralität angibt, wissen wir nicht. Wir empfehlen aber den streikenden Parteien, den Streik außerhalb des „K.“ zum Abschluß zu bringen.

Auf den Bildhauerberuf. Die Wäcker der Sternewelt, den heute Montag (25. September), abends 7 1/2 Uhr, im Eintragsaal des Stadtheaters Hermann Wagner aus Heidelberg halten wird, sei hiermit nochmals hingewiesen. In allgemeiner verständlicher Weise wird der Vortragende die großartigen Formenerfahrungen der Sternewelt in photographischen Aufnahmen bieten, die in ihrer untergeordneten Schönheit überwältigend zum Gebirge sprechen werden. Den Kartenverkauf hat die Musikalienhandlung Frey Müller, Kaiserstr. 106, übernommen.

Verteuerung der Fernsprechkosten. Der Fernsprechkostenzuschlag für sämtliche Fernsprechkosten wird ab 1. 10. von 160 v. H. auf 600 v. H. erhöht. Die Teilnehmer sind berechtigt, ihre Fernsprechkosten bis einschließl. 25. 9. zum 1. 10. zu kündigen. Nähere Auskunft erteilt das Telephonamt. (Fernsprechkosten 3075).

Von der Straßbahn ein Hund überfahren. Ein großer Unglücksfall ereignete sich am Samstag nachmittag auf der Kaiserstraße, in der Nähe des „Girschen“. Im selben Moment, als ein Straßenbahnwagen heranfuhr, wollte ein achtjähriges Mädchen aus der Südstadt nach über die Straße hinüberlaufen, es wurde jedoch vom Wagen erfasst, kam zu Fall und der Wagen ging über das bedauernswerte Kind hinweg. Die Verletzungen waren von derart schwerer Natur, daß das Mädchen bald nach dem Unglücksfall starb.

Entscheidung der Maschinenbau-Gesellschaft. Die Gültigkeit der Geschäftsregeln der Maschinenbau-Gesellschaft ist, wie aus einem Inserat in der heutigen Nummer hervorgeht, bis 31. Oktober verlängert.

Signale: Mülburg-Pönnig 0.0. v. f. v. — F. C. Freiburg 0.1. A. F. B. — Sp. G. Freiburg 2.2. Germania Durlach-Rastatt 0.1. 1. F. C. Pönnig-Pönnig 2.1.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 25. September

Vorausichtige Witterung: Bewölkt, zeitweise Regen, etwas kühler, südwestliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Stufferinsel 225, gef. 5 Zm., Neß 310, gef. 7 Zm. Nagau 405, gef. 6 Zm. Mannheim 423, gef. 15 Zm.

Karlsruher Herbstwoche 1922

Herbstwochenanlasslich der Karlsruher Herbstwoche. Die für Mittwoch, 27. 9. in der Festhalle geplante Herbstwochenanlasslich muß ausfallen, da die einschlägigen Gewerbe wegen Warenmangels nicht in der Lage sind, die Vorbestellung zu beschaffen. Dafür ist eine Modenschau im nächsten Frühjahr in Aussicht genommen.

Ab 4 Jellen **Bereinsanzeiger** Welt und mehr Stellen Nr. 10.— die Zeile **Bereinsanzeiger** Nr. 14.— die Zeile (Werbungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Karlsruhe. Wassersport-Verein (Frauenabteilung). Jeden Montag von 7.30—9.00 Uhr im Friedrichsbad Lehrstunde für Nichtschwimmer. Schwimmernuten über Mittwoch. 5108

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Vorbestellung zu beziehen.) Deutsche Arbeiter-Sänger-Zeitung. Organ des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. Inhalt der letzten erschienenen Nr. 910 des 23. Jahrganges: In unsere Mitglieder und Leser! — Volkslied, schübe die deutsche Musik! — Brombeerschnur von Fr. Hiltz. — Gefahr in Sicht! — Der Siedertag. — Die „Neuen“ Lieder. — Zur Bundesbeitragsfrage. — Konzertberichte. — Aus den Mitgliedschaften. — Meine Chronik. — Verschickenes. — Wie wieder Krieg! (Gedicht). — An unsere Gewerkschaften und Mitglieder! — Bekanntmachungen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Johann Müller, Hofarbeiter, Thoman, alt 42 Jahre. Ferd. Hoffmann, Kaufmann, ledig, alt 51 Jahre. Julius Hall, Baupolier, Thoman, alt 41 Jahre. — Heiratsnachricht und Trauerhand erwachsener Verstorbenen. Montag, 25. Sept. 1/2 Uhr: Marie Woll, Ehefrau des hiesigen fährers-Ehefrau, Kaiserstraße 49. — 1/2 Uhr: Anton Seiler, Oberfeuerwache, Eisenwerkstraße 32. — 1/4 Uhr: Georg Grimm, Schuhmachermeister, Kurzenstraße 21. — 1/2 Uhr: Jul. Zalt, Baupolier, Weichstraße 60.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

Zum erstenmal: „Michael Kramer“. Drama von Gerhart Hauptmann.

Unser Kollege von der Frankfurter „Volkstimme“ hat es erreicht. Er schrieb einmal: „Ich halte von dem Stück nicht mehr als der alte Kramer von seinem Sohn: Du bist faul bis ins Raue“. Von Anfang bis zu Ende sieht man mit hochgezogenen Augenbrauen da und dort der Dinge, die der Kommen sollen und nicht kommen. Wir sehen einen künstlerisch und stillich hochwertigen Vater, dessen geniale Anlagen sich in dem Sohn mit einer unglaublichen Verleumdung verbinden, so daß der Druck unvermeidlich ist. Und über dieses verlorne, aber auch unverständliche Genie wird nun geredet und geredet. Nach guter Aphorismus taucht auf, aber auch viel Banalität und Alltagsgewäsch. Wir müssen bekennen, daß uns das Organ dazu fehlt, in diesem Werk eine „Offenbarung“ zu sehen, als was es von vielen angesprochen wird. Es ist weder dies noch ein Drama. Einzelne Personen treten auf, ohne irgendwie auf die Handlung Einfluß zu gewinnen, so die Mutter (von Frau Frauendörfer mit rührenden Zügen ausgestattet), so ferner die geistig unbedeutende Gattin Rachmanns, eine epischische Wesenheit, die Frau Rossmans seine Kunst zu einem kleinen Kunstwerk machte. Gehten von Fleisch und Blut, die von scharfer Beobachtung zeugen, sind neben dem Stammtischgästen namentlich die Viehe Wänsch, die Frau Germa Glemmer zu einer fabelhaft naturgetreuen Dope zu modeln mußte. Mit dem Vater Rachmann, der Herr Herrschingemäß vertrat, mußte der Dichter nicht viel anfangen. Er dient dem alten Kramer lediglich als Schallwand und muß ab und zu zu verstehen geben, daß er dessen tiefstimmige Expositionen ver-

stehen hat. Bleibt noch der Arnold des Herrn Dahlen und der Michael Kramer v. d. Trend-Hicris. Schauspielerei wird zwei gefassten, einträchtigen Figuren, die jüngere mit einem Interion von großer Schürzhaft. Aber die Hingabe der Darsteller und der Regie vermochte das Werk nicht zu retten. Mit Kopfbedeckung und Achselnadeln verließ man das Haus. Weiteres zu sagen müßte die Müdigkeit auf die Herbstwoche. W.

H. „Casanova“ von Artur Kauterer. Dichtung von Anton Rudolph, wurde bei der am Freitag abend stattgehabten Uraufführung bereits nach dem ersten Akt mit großer Anteilnahme aufgenommen. Am Schluß wurden die beiden Verfasser stürmisch gerufen. Wilhelm Ventwig als Casanova und A. Prügelmann als Fircilla in den Hauptrollen, wie auch die übrigen Künstler verdienen vollste Anerkennung. Kapellmeister W. Schweppe leitete das rasch übernommene Werk mit geradezu erstaunlicher Sicherheit. Ein Bericht wird in den nächsten Tagen folgen.

19. Stiftungsfest der „Gleichheit“
Der Arbeitergesangsverein „Gleichheit“ Karlsruhe geht zu den Arbeitergesangsvereinen militärischer Stärke; was nicht hindert, daß sein Chor ganz respektable Leistungen herausbringt. Was uns bei der Durchsicht des Programms zum Konzert des 19. Stiftungsfestes, das am Samstag im völlig besetzten Saale des „Ruhm“ dort; der nun einmal — nichts in solchen Konzerten zu tun hat. Nach dem mit frischer Stimmenthaltung gefangenen Eingangschor „Sied und Sied“ von E. Gimmels, machte die stimmungsvolle „Waldweife“ von E. Engelberg, inwieweit die Tonhöhe wohl infolge der Schülere, die im Saal herrschte, nicht gehalten werden konnte, starken Eindruck. Ebenso der folgende

größere, erschwerte Chor von Ludwig Baumann „Bergfreiheit“. Zum Ausgang kamen drei Chöre heraus, darunter zwei eingetragene Studium der wohlgeübten Sängerkörpers, der über ein reichliches Material verfügt. Sein junger Dirigent, Otto Feil, der erst seit kurzer Zeit die Leitung hat, ist bestrebt, auf die Ausbildung und Ausgestaltung hinzuwirken und hat gutes musikalisches Verständnis für die jeweilige Aufgabe. Hervorzuheben möchten wir den schönen weichen Klang des Pianofortes, auch im Forte wurde die Grenze des Schönen nicht überschritten. Alles in allem: Die „Gleichheit“ beachte auf neue den Beweis ihrer anerkannten Leistungsfähigkeit. Der begehrteste Beifall wird — so hoffen wir — ein starker Ansporn sein zum Weiterstreben für die ideale Sache unseres Arbeitergesangs!

Erstklassige Künstler trugen wesentlich zum besten Gelingen des Konzerts bei. Frau Maria von Ernfert erfreute mit zwei Arien von Weber und Nicolai und konnte dabei in virtuoser Weise ihre Singbegabung an den Tag legen. Den starken Beifall quittierte sie mit einer Zugabe. Dr. Karl Brüdner spielte mit überlegener Technik das erste Violinpart von Wintertemps, ohne es an der nötigen inneren Durchleitung fehlen zu lassen. Sein Violin-Solo entäuflerte durch die Wahl eines geeigneten halben Schloßes. Auch solche Konzerte wollen bilden sein und innere Werte bringen, aber kein Feuerwerk. M. H.

Schriftleitung Georg Schöfelin. Verantwortlich für Artikel, Politische Überfahrt und Briefe Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtsbarkeit und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Politik, Gemeindepolitik, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

MAGGI'S Suppen helfen Kohlen und Gas sparen.

Denn je nach Sorte geben sie in 10 bis 20 Minuten mühelos, ohne weitere Zutat, wohl-schmeckende, nahrhafte Suppen. Viele Sorten wie: Eiernudeln, Eiersternchen, Erbs, Erbs mit Speck, Ochsenchwanz, Reis, Pils u. s. w. tragen jedem Geschmack Rechnung.

Man achte auf den Namen **MAGGI** und die gelbrote Packung.



Die Gültigkeit der von uns ausgegebenen mit Gültigkeitsvermerk bis 30. September 1922 versehenen Gutscheine wird von uns bis einschließlich 31. Oktober 1922 verlängert.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe

Karlsruhe i. B.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.

Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftung.

Die berechneten Mitglieder werden zu der am **Dienstag, den 3. Oktober 1922, abends 7 Uhr**, im großen Saale der Gesellschafts-Eintracht hier stattfindenden **Generalversammlung** hiermit freundlichst eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Die Betriebsanlagen des Lebensbedürfnisvereins
2. Bericht über die allgemeine Geschäftslage
3. Antrag auf Erhöhung der Geschäftsanteile
4. Änderung der §§ 3, 4, 5 und 9 der Satzungen und Antrag vom Vorstand und Aufsichtsrat zu § 12 Abs. 3, Ziffer 3.

Der Eintritt in den Saal ist nur den Vereinsmitgliedern (männlich und weiblich) und nur gegen Vorlegung der 1922er gelben Ausweiskarte gestattet.

Karlsruhe, den 23. September 1922.

Der Aufsichtsrat des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftung
Ranz, Vorsitzender. 5113

Große Auswahl in Pelzen

jeder Art besonders

- Alaska Fuchs 5106
- Blau Fuchs
- Kreuz Fuchs
- Skunks

Nur Zirkel 32
1 Treppe hoch. W. Lehmann.

Gebrauchte Uhren

aller Art sowie Regulatoren, wenn auch reparaturbedürftig, laufen fortwährend, auch **Zahngelisse** und zahlr. 160 Stk. und mehr pro Jahr.

J. Gelman, Uhrmacher, Bähringerstr. 36.

Prima gelbe Speise-Kartoffeln

werden täglich von 2-6 Uhr von 1 Zentner ab abgegeben. Preis 4.20,- pro Zentner. Händler u. Großverbraucher erh. Vorzugspreise.

Sally Haas, Karlsruhe, Alter Bahnhof
Durchgang Kriegsstr. nach der Baummeisterstraße.
Bestellungen von Einzelkartoffeln werden sofort angenommen.

Goldener Ochsen

Kaiserstrasse 91.

Jeden Donnerstag **Schlachttag**

Mittagessen

in und ausser Abonnement

Prima spanische Weine
ff. Schrampp Bier.

Monteure,

für Ordnung, Sauberkeit, sofort gesucht.

Georg Hanstein & Cie.
6 Angerstrasse 6.

Fräulein I. Seehaus
für Ausbilde, Servier, Geriathstr. 20 III.

Badisches Landestheater.

Montag, den 25. Septbr. 7-10 Uhr. Mk. 90.—
Vollabgabe N 8

Die Weber.

BREMEN



AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern, Ausrüstung vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung 5. Preisende aller Klassen

Reisegepäck-Versicherung
Nähers Auskünfte durch

NORDDEUTSCHER LLOYD

+ BREMEN +

und seine Vertretungen

in Karlsruhe: Norddeutscher Lloyd, Agentur Karlsruhe, Karlsruherstr. 22.
in Baden-Baden: Lloyd-Reisebüro, W. Langguth, Lichtenthalerstraße 10, Café Zabler.

Konsumverein für Ettlingen u. Umg. e. G. m. b. H. in Liquidation

Activa	Uebergabe-Bilanz per 1. Juni 1921	Passiva	
Bar-Vorrat	217.57	Geschäftsanteile der Mitglieder	7344.37
Baren-Vorrat	29185.20	Spareinlagen	7965.57
Stammanteil bei der Groß-Einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine	2457.20	Anteil-Hinje der Mitglieder bis zum 1. 6. 21	2663.62
		Bei der Uebergabe vorzunehmende Abschreibungen	13378.20
		Rück zu zahlende Titelfen	853.21
			32139.97
			32139.97

Ettlingen, den 23. September 1922.

Konsumverein für Ettlingen und Umgegend e. G. m. b. H. in Liquidation.
Die Liquidatoren: H. Pfeil, G. Haffner.

Schuhwaren

aller Art (Gelegenheitskleidung) offeriert billigst

An- und Verkaufsgeschäft Glotzer,

Zähringerstrasse 63 a.

Ungeziefer

aller Art vertilgt

U. v. A. Fr. Springer
Markgrafenstr. 52
Telephon 3263.

Druckarbeiten
alter Art
Dahmstr. 24, Bismarckstr. 24.

Genossen, versichert Euch bei der gewerk-schaftlich-genossenschaftlichen

Volkfürsorge!

Büro: KARLSRUHE, Wilhelmstraße 47.

Hund entlaufen.

Junger Wolf, fedrigein Wochen alt, an den Rand in Wald führend. Abzugeben gegen Belohnung bei H. Müller, Gartenstraße-Gartenwinkel, Bähringerstr. 4.

Durlacher Anzeigen.

Brennholzverforgung ab Gaswerk.

Der Stadtrat hat mit Beschluß vom 22. September 1922 für die Brennholzverforgung ab Gaswerk folgende Bestimmungen getroffen:

1. Benutzigen Anwohner (Wasserscheiben vom 2. Februar und 17. März 1922) die bei den Holzverforgungen ab Wald weber Holz noch Vellen erhalten haben, werden zunächst 8 Zentner Brennholz ab Gaswerk zugewiesen.
2. An die bereits mit Vellen bezogenen Anwohner werden zunächst 2 Zentner Brennholz ab Gaswerk abgegeben.

Der Preis beträgt für: ungelagertes Holz 100,- je Ztr. ab Gaswert

Die Ausgabe erfolgt ab Dienstag, den 20. ds. Mts., im den Lagerplatz für das noch eingehende Brennholz freizumachen, wird ersucht, möglichst umgehend die ganze aufstehende Menge, mindestens aber die Hälfte, auf einmal abzunehmen.

Der Lebensmittelanbieter ist jeweils vorzulegen.

Die im Stadtrat eine wohnenden Empfängerberechtigten erhalten eine Brennholzarte beim Gemeinde-fretariat.

Wegen der Ausgabe weiterer Mengen erfolgt nach Eingang des noch ausstehenden Holztes (Dezember) besondere Bekanntmachung.

Durlach, 25. September 1922. 1793
Der Bürgermeister

Kohlen-Ausgabe.

Schiff. Gauer: Dienstag 26. September, 1 Uhr: Kunden 651-780; folgende Vorrat reicht, 1 Zentner Niederdiesche Braunkohlen-Belietis Nr. 286.-

Durlach, den 23. September 1922. 1790
Erstholzentelle.

Baden-Baden.

Wohnungsabgabe.

Vom 1. Oktober ds. J. ab wird die Wohnungsabgabe in dieser Stadt unmittelbar vom Wohnungsberechtigten (Mieter u. h.) erhoben. Hierzu ist die Anlage einer genauen Karte (Haus- und Wohnungs-tarifen) erforderlich. In den nächsten Tagen wird zu diesem Zweck mit der Aufnahme der Gebäude und Wohnungen durch Beamte des Wohnungsamts begonnen. Die Hauseigentümer, Hausverwalter und Mieter werden gebeten, den Beamten bei der Aufnahme an die Hand zu gehen, insbesondere sämtliche Räume zugänglich zu machen, da die schnelle und ungehinderte Vornahme der Aufnahmearbeiten im Interesse der Mieter und Vermieter liegt. 1792

Baden-Baden, den 23. September 1922.
Wohnungsamt.

Brennholzabgabe vom Holzhof betreffend.

Die Anwohner nachfolgender Straßen, die sich bis zum 1. Juli d. J. zum Holzbezug gemeldet haben, und noch nicht mit Holz versorgt wurden, können die Holzbezüge für die erste Rate = 2 Ztr. auf Samstag 10. (vorm. von 8½ bis 12 und nachm. von 2 bis 4 Uhr) wie folgt in Empfang nehmen:

Montag, den 25. ds. Mts.: Coblenzstr. und sämtliche Straßen von Dreieichen bis Bernhardsplatz ausschließlich Rheinstraße,
Dienstag, den 26. ds. Mts.: Großer Dollen und Balzengergstraße,
Mittwoch, den 27. ds. Mts.: Rheinstraße,
Donnerstag, den 28. ds. Mts.: Karlsrufer, Beethovenstr., Hermannstr., Waldstr., Leopoldstr. und Bahnhofsstraße,
Freitag, den 29. ds. Mts.: Langstraße.

Die Scheine können vormittags auf der Stadtkasse eingelöst und das Holz sofort vom Holzhof abgehoben werden.

Waldabgaben werden in absehbarer Zeit auf der Scher- und in der Nähe des Geroldsauer Wasserfalls vorgenommen. 1791

Brennstoffstelle.